Mittwoch, den 26. April 1922. 94. Jahrgang. — Nr. 97.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 22.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 66.— Mk., monatlich 22.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. - Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. - Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11. Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 80 Pfg., Familienanzeigen 70 Pfg., Stellengesuche 60 Pfg.; außerhalb 1.— Mk., für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil, 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 4.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsweiser Betreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder im Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Genua auf dem toten Punkt.

Poincares Ruf nach Lösung der Entente. — Vor dem Abbruch der russischen Verhandlungen. — Lloyd George will abreisen. — Frankreich gegen Deutschland.

Poincares Rede — ein Ultimatum an Deutschland.

Die Londoner Abendpresse bezeichnet Poincares Rede als ein Ultimatum an Deutschland, geeignet, die allgemeine europäische Lage wesentlich zu verschärfen.

Das Kommentar in der franz. Presse.

Der „Figaro" schreibt: Frankreich blieb, um das Einverständnis mit den Alliierten, den höchsten Appell an den Frieden, aufrecht zu erhalten, trotz der ihm zugefügten Beleidigung, in Genua, als der Abbruch sein Recht und vielleicht sogar seine Pflicht wäre. So kam es am Rande des Abgrundes. Es gibt keine Erwägung mehr, die dahin führen könnte, sich hineinzustürzen. Derartige Verpflichtungen überschreiten die Tragweite der schönsten Reden, sie binden keine Regierung, kein Volk. Das Volk hielt die Einheit aufrecht und gab die gemeinsame Energie und dem Auslande den Eindruck einer disziplinierten Macht. Die Regierung darf von jetzt ab die bisher vergeblichen Gesten dieser Energie nicht mehr vergeuden. Keiner als Poincare ist in höherem Maße der Mann dieser Wiederaufbaurichtung.

Das „Journal" sagt, **Poincare faßte den Fall ins Auge, daß Frankreich nicht mehr Hand in Hand mit Großbritannien gehen könne. Wenn er diese ernste Eventualität in Betracht zog, so tat er es, um Alarm zu läuten, um die Alliierten loyal zu benachrichtigen, um das Land darauf vorzubereiten, seine Spannkraft bereit zu halten. Zwei Möglichkeiten könnten eine derartige Haltung notwendig machen, die Weigerung Deutschlands, die Bedingungen des Moratoriums der Reparationskommission bis zum 31. Mai auszuführen, die zweite, wenn sich England nicht dazu bereit finden werde, radikale Maßnahmen zu ergreifen, um das deutsch-russische Komplott (!) unschädlich zu machen.**

Der tolle französische Kriegsrausch.

„Oeuvre" faßt die gestrige Rede Poincares als ein Weg zur traurigen Isolierung auf. Poincare erklärte, **wenn Deutschland widersehe, werde Frankreich über Deutschland herfallen, mit oder ohne Alliierten, mit anderen Worten: Wir sind vollkommen bereit, mit den Engländern zu brechen, um nur als „Cavaliers seuls" auf den Weg nach Berlin zu machen.** Man lese doch nur das Plakat, das die Royalisten anschlagen ließen: Um den Krieg zu vermeiden — und in starken Lettern — um ihn um jeden Preis zu verhindern, muß man in Deutschland einmarschieren. Der verständige Leser ergänzt die Ausführungen dahin, daß er sagt: Also um den Krieg zu vermeiden, müssen wir ihn machen; wenn man wenigstens nur Deutschland allein den Krieg ansagen würde! Aber, um sicher zu sein, hat man die ganze Welt gegen sich. **Die Zeitungen beleidigen und bedrohen auch Italien.**

„Ere Nouvelle" sagt, Poincare wird entweder die Politik der Tardieu und Daudet machen, also zum Bruch der Entente führen, zur Isolierung, zum Ruin des wirtschaftlichen Lebens, und eines Tages, der nahe ist, zum Krieg, oder er wird verstehen, daß es ein sehr gefährliches Abenteuer wäre, mit England zu brechen und dem Pakt von Genua zuzustimmen, der uns die Allianz aller großen Demokratien, das loyale Einverständnis der friedlichen Mächte, die Wiederversöhnung der Völker, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Befreiung von unsren Schulden und unsrer Steuerlast einträgt. Es heißt also: **Nach Genua oder nach Berlin.**

Die englische Presse.

London, 25. April. Die Rede Poincares in Bar-le-Duc findet in der Presse große Beachtung. Während die „Times" schreibt, die Erklärung Poincares sei frei von Rhetorik und Drohungen, nennt die „Westminster Gazette" die Rede eine an Deutschland gerichtete Drohung. — „Daily Herald" überschreibt den Leitartikel über die Rede „Kaiser Poincare" und gibt den europäischen Staatsmännern den Rat, den Weg weiter zu verfolgen. Wenn Poincare seine Stellvertreter von Genua zurückziehen wolle, solle er dies um des Himmels willen tun, denn sie seien dort

nur eine Plage.

Poincare sei eine Gefahr, weil er ernst genommen werde. Sobald sein Bluff enthüllt sei, werde er aufhören, Europa zu verpesten. „Daily News" schreibt, Poincare rede wild von der Entschlossenheit, Maßnahmen, „wenn nötig allein" zu treffen, um Deutschland passend zu belehren. Das bedeute, daß er bitte, daß Großbritannien nicht mit ihm ins Ruhrgebiet einmarschieren solle. Es bedeute auch

die moralische Isolierung Frankreichs,

die für alle offenkundig werde. Durch die Demoralisierung der Verhandlung von Genua hätten die französischen Staatsmänner ernstlich dem Prestige, dem Ruhm und den Aussichten Frankreichs selbst Schaden zugefügt. — „Daily Chronicle" schreibt in einem

„Poincares Säbel"

überschriebenen Leitartikel, die seltsame Aktion der französischen Abordnung in Genua am letzten Samstag, die versuchte, eine neue Krise aus altem Material zu erzeugen, das jedermann erledigt hoffte, wurde von den in Genua anwesenden Personen auf das telegraphische Betreiben Poincares zurückgeführt. Dieser Eindruck werde jetzt durch die unglückliche Rede bestätigt, die Poincare gestern hielt. Eine Rede, wie die gestrige des französischen Premierministers, die von einem Nichtteilnehmer außerhalb der Konferenz gehalten wurde, sei wie ein Stück Eisen, das von außen in die delikate Maschinerie geworfen werde und bedeute, daß be der Person, die geworfen habe, nicht der Wunsch besteht, zu helfen, sondern zu zerstören. Die Drohung mit Zwangsmaßnahmen sei eine alte Drohung, daß Frankreich die Alliierten unberücksichtigt lassen wolle und den Säbel allein schwingen werde, wie es ihn in Frankfurt geschwungen habe. Die Alliierten Frankreichs könnten nur antworten, wie sie damals sagten, daß wenn Frankreich bei seinem Verfahren gegenüber Deutschland seinen eigenen Weg geht, es die weitere Unterstützung Englands nicht erwarten könne. Bereits bei zwei Anlässen sei Frankreich allein vorgegangen, das erste Mal, als es in Frankfurt eindrang und dann als es hinter dem Rücken Englands bei Verletzung klarer Versprechen einen verräterischen Vertrag mit Angora abschloß. Wenn Frankreich zum dritten Male versuchen sollte, vom gemeinsamen Weg abzuweichen, so würde die Bereitschaft Englands, mitzuwirken, dies kaum überleben.

Bevorstehender Abbruch der Verhandlungen mit Rußland?

w. **Genua**, 25. April. (Spezialbericht des Vertreters des WTB.) In der Sitzung der alliierten und russischen Sachverständigen wurde russischerseits erklärt,

eine Rückerstattung oder ein Ersatz des beschlagnahmten Eigentums könne nicht erfolgen, da alles nationalisiert sei, dagegen verlange Rußland die Auslieferung des Goldes der vormaligen russischen Regierungen, das noch in den englischen und französischen Banken sich befinde. Auf den englischen Einwurf, wie man die Rückerstattung fordern könne, wenn man selbst keinerlei Ersatz leisten wolle, erwiderten die Russen, das sei darin begründet, daß es in Rußland kein Privateigentum mehr gebe. Die Russen schlugen vor, daß die Alliierten sich an staatlichen Aktiengesellschaften mit ihrem Kapital beteiligen sollten, die binnen kurzem gebildet werden würden. Privataktiengesellschaften seien dagegen in Rußland nicht zulässig.

Der französische Vorsitzende erklärte darauf, die Diskussion sei sehr nützlich gewesen. Man verstehe jetzt den russischen Standpunkt; für den Augenblick halte er eine Fortsetzung der Erörterung für zwecklos. Die Sitzung wurde darauf vertagt mit der Begründung, daß die Frage ohne die Russen erörtert werden müsse. Heute, Dienstag, wird eine Versammlung der Sachverständigen abgehalten werden.

TU. **Genua**, 25. April. **In den späten Abendstunden des gestrigen Tages waren Gerüchte von einem Abbruch der Verhandlungen mit Rußland im Umlauf.**

w. **London**, 25. April. Reuter meldet aus Genua, die britischen Vertreter, die gestern spät abends von der Ausschußsitzung in das Hotel zurückkehrten, erklärten, daß die russische Antwort sehr unbefriedigend sei und daß sie deshalb vor einer neuen Zusammenkunft die Haltung erörtern müßten, die sie einzunehmen haben.

Vor dem Zerfall der Entente?

Havas verbreitet folgenden Bericht aus Genua:

Die Spannung, die sich in den Konferenzkreisen bemerkbar machte, trat nun noch deutlicher zutage. Sie wird besonders in den Kreisen der Entente und der kleinen Entente gewürdigt, wo der allgemeine Eindruck zum Optimismus neigt. Wenn auch keine offizielle Sitzung der Konferenz stattfand, so fand doch eine wichtige Privatunterredung zwischen Lloyd George und Barthou während des Frühstücks statt, das die französische Abordnung zu Ehren der britischen Bevollmächtigten veranstaltete. Der Vertreter der Havas-Agentur glaubt zu wissen, daß die Zusammenkunft sehr herzlich war. Lloyd George bestätigte zuerst seine Ueberzeugung, daß kein Abkommen in Genua getroffen werde und keine Regelung zum Ziele führen und dauerhaft sein kann, ohne die Entente zwischen Frankreich und England, welche gewissermaßen der Schlußstein des europäischen Gebäudes ist. Unter diesen Umständen unternehmen die Führer der britischen und französischen Abordnung eine Prüfung der großen Probleme, welche der Konferenz vorliegen. Sie waren einig, die Notwendigkeit anzuerkennen, daß eine gemeinsame Haltung eingenommen werden müsse. Das ist eine sehr interessante Entschließung, welche einen entscheidenden Einfluß auf die eingeleiteten Verhandlungen haben kann.

Rückreise Lloyd George nach London Ende der Woche.

TU. **Genua**, 25. April. (B. T.) Lloyd George hat dem Vorsitzenden der Konferenz mitgeteilt, daß er voraussichtlich Ende der Woche nach London zurückreisen werde, um den König nach Brüssel zu begleiten. Der englische Lordkanzler Birkenhead, der voraussichtlich Lloyd George auf der Konferenz vertreten wird, hielt vor englischen und amerikanischen Journalisten eine Rede, in der er u. a. ausführte: **Es war unmöglich, in der Atmosphäre von Paris zu arbeiten und dort vernünftige Bedingungen zu erzielen.**

Kein Wiederaufbau Europas ohne Revision des Versailler Friedens.

Der englische linksliberale Parlamentarier Kenworthy, der auf der Durchreise von Genua nach London in Berlin weilte, erklärte Pressevertretern über seine in Genua gewonnenen Eindrücke, daß er hinsichtlich der Konferenz nicht sonderlich optimistisch sei. **Wenn der Wiederaufbau Europas durchgeführt werden soll, so müsse man den Versailler Friedensvertrag revidieren.** Deutschland die Lebensfähigkeit verschaffen, deren es nicht entraten könne, und Rußland wieder vorbehaltlos in die europäische Völkergemeinschaft wieder aufnehmen. Was bisher in Genua erreicht worden sei, sei immer nur das Ergebnis von privaten Besprechungen bei Lloyd George gewesen, **bei denen Deutschland zu kurz gekommen sei.** Unter solchen Umständen kann man es der deutschen Regierung nicht für übel nehmen, daß sie es für richtig hielt, ein diskretes Abkommen mit Sowjet-Rußland abzuschließen. Deutschland habe eine unbedingt ehrliche Politik verfolgt, denn es habe den Vertrag sofort nach dem Abschluß der Oeffentlichkeit bekanntgegeben. Der deutsch-russische Vertrag sei ein Beispiel für die Regelung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und Rußland.

Preußische Justizfragen.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages nahm am Montag seine Sitzungen nach den Osterferien wieder auf. Auf der Tagesordnung stand die Vorberatung des Haushalts der Justizverwaltung. Abg. Kochmann (Dem.) wies als Berichterstatter darauf hin, daß man mit Rücksicht auf die Erhöhung der Gerichtskosten und auf die Ersetzung von Freiheitsstrafen durch Geldstrafen in bestimmten Fällen mit wesentlich höheren Einnahmen rechnen könne, als veranschlagt sei. Abg. Kuttner (Soz.) erhob lebhaft Klage darüber, daß die Rechtsprechung politisch eingestellt sei. Als Beispiel zog er die Beleidigungsprozesse des Ministers Severing an. In einem Fall sei diesem vorgeworfen worden, er habe gewissenlos gehandelt, und es sei in Breslau ein Freispruch erfolgt. Der Schriftsteller Fleurhoden, der Severing vorgeworfen habe, er habe 27 000 Mark für Verschieben eines Waggons Schokolade erhalten, sei mit einer Geldstrafe von 200 Mark davongekommen. Der Justizminister erwiderte, daß er derartige Entscheidungen zum Teil ebenso verurteile wie Kuttner. Es handele sich hierbei aber um Ausnahmefälle, die Justiz als solche sei einwandfrei. Die Abgg. Rhiel (Ztr.) und Soolmann (Dn.) sprachen sich in gleichem Sinne aus. Abg. Stendel (D. Vp.) forderte, daß die Schwurgerichte durch größere Schöffengerichte ersetzt würden, und daß in der Justizverwaltung nicht mehr so viele Hilfsrichter beschäftigt werden; es müßten mehr etatsmäßige Stellen für Richter und Staatsanwälte neugeschaffen werden.

Zum Wiederzusammentritt des Reichstages.

Der Reichstag wird seine Verhandlungen nach den Osterferien, Dienstag, den 2. Mai, wieder aufnehmen. Sein nächstes Arbeitsprogramm hängt naturgemäß davon ab, ob der Reichskanzler und die Minister bis dahin von Genua zurückgekehrt sein werden. Eher als mit einem plötzlichen Abbruch der Konferenz, der eine frühere Einberufung des Reichstages hätte notwendig machen können, ist damit zu rechnen, daß der Minister des Auswärtigen nächste Woche noch nicht in Berlin sein wird. In diesem Fall wird der Haushaltsplan des Außenministeriums von der Tagesordnung abgesetzt werden, und der Reichstag wird sich dann zunächst mit dem Post- und Eisenbahnetat beschäftigen.

Der deutsch-russische Vertrag als Kampfobjekt.

(Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter.)

Man kann den in Genua versammelten Bevollmächtigten der Ententeländer den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich über den deutsch-russischen Handels- und Friedensvertrag zu stark und zu frühzeitig entrüstet haben. Die Hauptschuld daran trägt die französische Nervosität und Feindseligkeit, die darauf eingestellt zu sein scheint, alles was geeignet erscheinen könnte, dem deutschen Wirtschaftsleben wieder auf die Beine zu helfen, zu unterdrücken. Mehr und mehr erkennen wir an Hand der Tatsachen, daß es eine arge Heuchelei war, was im Juli 1920 der damalige französische Ministerpräsident Millerand auf der Spaer Konferenz betonte: „Die Entente habe keineswegs den Wunsch, Deutschland zu bestrafen, sie hoffe vielmehr, die Wohlfahrt des Reiches werde bald wieder ihre alte Höhe erreichen. Die Entente sei sich bewußt, daß Deutschland für Europa nicht nur notwendig, sondern unentbehrlich sei. Die Wiedererholung Deutschlands liege im Interesse Europas, und die Entente wolle mit allen Kräften daran mitarbeiten. Er gebe dem Vertrauen Ausdruck, daß die künftigen Beziehungen zwischen den Ländern friedliche sein mögen und daß es gelingen werde, alle Reibungspunkte fern zu halten."

Würden nach diesem Glaubensbekenntnis die Richtlinien des Handelns bestimmt, so müßte der deutsch-russische Handelsvertrag wohlwollend aufgenommen worden sein. Statt dessen die ungeheure künstliche Aufregung, bevor man sich noch von der Tragweite der Bestimmungen ein richtiges Bild entworfen hatte; und sodann die unverschämte Anpöbelung der deutschen Delegation durch den französischen Vertreter Barthou, der dieser „lügenhafte Behauptungen" vorwarf. Die gallische Rachsucht den Deutschen gegenüber zieht sich anscheinend durch die ganzen Konferenzverhandlungen wie ein roter Faden und tritt bisweilen derart unverblümt in die Erscheinung, daß die anderen Ententeländer außer Belgien gegen Frankreich mißtrauisch werden, weil es mit unehrlichen Waffen kämpft.

Wieviel verständiger beurteilt man jetzt, nachdem sich die Brandung gelegt hat, in England das Abkommen zwischen Deutschland und Rußland. So nennt z. B. die „Daily News" den Vertrag recht vernünftig und die unvermeidliche Anerkennung feststehender Tatsachen. Niemand könne die Deutschen und Russen verhindern, angesichts ihrer geographischen Lage miteinander Geschäfte zu machen, und bei der Lage, in der sich beide befänden, sei es höchst wünschenswert, daß sie es so ausgiebig und energisch wie möglich täten. Außerdem könne nichts die Ansprüche verwirklichen, welche die beiden Länder gegeneinander hätten. Die hoffnungslosen Schulden gegenseitig zu streichen, sei daher nicht nur geschäftsmäßig, sondern auch vernünftig. Keiner der beiden Staaten habe auch die Macht oder das Recht, selbst wenn der Wunsch dafür bestände, die Regierungsform des andern umzustoßen; das offen anzuerkennen sei gleichfalls gesunder Menschenverstand. Der wirkliche Grund für die Erregung liege nicht in dem, was geschehen, sondern wie es geschehen sei. Das Blatt glaubt nicht an das gruselige Gespenst eines gegen die Westmächte mit Rußland verbündeten Deutschland, dieses Bündnis werde sich nicht verwirklichen, falls eine andere Seite nicht dazu treibe. Militärisch seien beide Länder auf Jahre hinaus völlig unfähig zum Angriff. Wirtschaftlich sei die Aufschließung Rußlands durch Deutschland unabwendbar. Die Verhinderungsversuche seien absurd und undurchführbar.

Wenn auch die englischen Blätter in der Beurteilung des Vertrages durchaus nicht einer Meinung sind und der „Daily Herald" mit Bezug auf ihn sogar von einer „Auflehnung gegen die Diktatur (?) der Entente, von einer dramatischen Unabhängigkeitserklärung" faselt, so ist doch mit Sicherheit anzunehmen, daß die Regierung sich damit abgefunden hat und jetzt — im Gegensatz zu Frankreich — alles daran setzt, die Konferenz von Genua zu retten.

Im allgemeinen macht man sich von den Wirkungen des Vertrages übertriebene Vorstellungen. Solange der Bolschewismus vorherrschend ist, können nach dem Geständnis von Kennern des russischen Wirtschaftslebens die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland niemals intensiv gestaltet werden. Mag man den Deutschen auch Konzessionen bezüglich

der Ausbeutung der Bodenschätze machen, mag man sie herbeirufen, um Fabriken wieder in Gang zu bringen, zu einem ersprießlichen Wiederaufbau gehört doch der Schutz des Eigentums nicht nur des etwaigen Deutschen, sondern auch des der Russen selbst. Die Frage, ob die bolschewistische Regierung das Eigentumsrecht in vollem Umfange anerkennen wird, ist zur Zeit noch recht offen und doch hängt von ihrer rechtmäßigen Entscheidung so gut wie alles ab. Solange den Gewerbetreibenden keine Gewähr für die Sicherheit und unbeschränkte Verfügungsfreiheit ihres Besitzes geleistet wird, ist eine Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens nimmer ermöglicht, schon deshalb nicht, weil kein Geschäftsmann kreditwürdig erscheint. Die russische Regierung wird sich aber weislich hüten, öffentlich mit ihrem auf Raub und Diebstahl eingestelltem Programm zu brechen, wenngleich sie sich längst überzeugt hat, daß ihre bisherige Politik keinesfalls fortgeführt werden darf. Die nach Deutschland geflüchteten Russen, die es vielfach unter der Zarenherrschaft zu großem Wohlstand gebracht haben, und sehnsüchtig auf den Zeitpunkt warten, um in der alten Heimat wieder die Gewerbetätigkeit aufnehmen zu können, stehen deshalb dem neuen Vertrage durchaus mißtrauisch gegenüber und versprechen sich in naher Zeit von ihm keine durchschlagenden Erfolge. Immerhin wird man es aber als einen Gewinn betrachten dürfen, daß der Bann gebrochen und der Weg vertraglicher Abmachungen mit Rußland beschritten ist. Die Genueser Verhandlungen werden dadurch in keiner Weise berührt, wenn nicht Frankreich bei seinem bisherigen System beharren sollte, in hysterischer Selbstsucht alles zu verdächtigen, was Deutschland scheinbar zum Nutzen gereichen könnte.

Internas sozialdemokratischer Krippenwirtschaft.

Aus Kassel wird berichtet:

In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stand die Abstimmung über die Besetzung des Stadtratpostens des früheren Stadtsyndikus Löbe auf der Tagesordnung. Die Sozialdemokraten waren für die Nichtausschreibung der Stelle für die sie ihren Parteiangehörigen Wittrock ausersehen hatten, während die bürgerlichen Parteien geschlossen auf dem Standpunkt stehen, daß die Stelle ausgeschrieben werden muß. In der Abstimmung wurde die Nichtausschreibung der Stelle mit 37 sozialdemokratischen gegen 32 bürgerlichen Stimmen beschlossen. Darauf verließen die bürgerlichen Parteien geschlossen den Saal, und beschlossen, bei der zuständigen Stelle sofort Auflösung der derzeitigen Stadtverordnetenversammlung zu beantragen.

Vor dem Schlußakt der oberschlesischen Katastrophe.

Wie das Völkerbundsekretariat in einer amtlichen Mitteilung bestätigt, sind die deutsch-polnischen Verhandlungen über die oberschlesische Frage die unter dem Vorsitz des Bundesrates Calonder in Genf stattgefunden haben, als beendet zu betrachten. Der Abschluß der Redaktion des Vertragstextes und die Unterzeichnung des Vertrages wird zu Anfang Mai erwartet.

Aus polnischer Quelle wird mitgeteilt, daß Deutschland und Polen die zehn Milliarden Mark betragenden Besatzungskosten für Oberschlesien im Verhältnis des ihnen zugesprochenen Gebietsteiles zahlen sollen.

Nach der „Gazetta Warszawska" ist Korfanty in Paris eingetroffen. Lerond ist ebenfalls dorthin abgereist.

Deutschnationale und proletarische Jugendbündler in Berlin.

Montag abend kam es in der Aula der Berliner Gemeindeschule in der Senefelderstraße, wo der Bismarckbund der deutschnationalen Jugend eine Versammlung abhielt, zu schweren Zusammenstößen zwischen deutschnationalen und proletarischen Jugendbündlern. Eine wüste Schlägerei, bei der Totschläger und Gummiknüppel eine Rolle spielten, begann im Versammlungsraum und wurde später auf der Straße fortgesetzt. Der Führer des deutschnationalen Bundes, der arg bedrängt wurde, gab mehrere Schüsse aus einem Revolver ab, durch die mehrere Personen verletzt wurden; er selbst wurde bewußtlos zur Unfallstation gebracht. Die alarmierte Schutzpolizei nahm mehrere Personen fest und stellte die Ruhe wieder her.

Die Einseifung der deutschen Gewerkschaftler in Rom.

Von unserem sozialpolitischen Mitarbeiter.

In Rom tagt zur Zeit der Internationale Gewerkschaftskongreß. Es ist die Amsterdamer Richtung, der auch die deutschen Gewerkschaften angehören, soweit sie sozialistischer Führung folgen. Die Tagung in Rom ist wieder ein Schulbeispiel dafür, daß diese Führung nichts gelernt und alles vergessen hat. Vergessen sind die internationalen sozialistischen und gewerkschaftlichen Tagungen vor dem Kriege, vergessen vor allem auch die Tagungen nach dem Kriege, wie die der Bergarbeiter im Sommer 1920 in Genf, auf der eine pomphafte Entschließung gegen neue Kriege gefaßt wurde. Die Nutzanwendung war, daß die englischen und französischen Arbeiter fleißig Kriegsgerät für die Polen erzeugten, während irregeleitete deutsche Arbeiter die Munitionszüge in Deutschland aufzuhalten suchten. Dabei gingen die deutschen Arbeiter vielfach soweit, zum Schaden der deutschen Wirtschaft, hemmend in den Erzeugungsprozeß einzugreifen. Soll an den Fall erinnert werden, wo der Betriebsrat einer der größten deutschen Maschinenfabriken der Werksleitung verbot, einen Elektro-Ofen nach Ungarn zu liefern, weil er dort zur Munitionserzeugung dienen könnte?

Auch hier sind die Gewerkschaften aus den Verbandländern eifrig dabei, die deutschen Gewerkschaftler einzuseifen. Nach einander wetteiferten Engländer, Franzosen und Italiener gegen den Kapitalismus und die Machtpolitik des Verbandes. Alle Redner hoben rühmend hervor, daß die Tagung eine Heerschau von 24 Millionen Gewerkschaftler mustere. Der englische Gewerkschaftler Thomas verstieg sich sogar zu der Behauptung, die Gewerkschaftstagung sei die einzige, die im Namen einer internationalen Bewegung das Wort ergreifen könne.

Beim Ausbruch des Krieges waren es aber die Engländer und Franzosen, die zuerst die gewerkschaftliche und sozialistische Internationale über Bord warfen. Heute glauben die englischen und französischen Sozialisten, dies Spiel fortsetzen zu können. Der Franzose Jouhaux setzte in Rom auseinander, die internationalen Kredite müßten dazu dienen, die Arbeiter zu unterstützen, nicht aber die Gewinne des Kapitals zu vergrößern. Warum fuhr Jouhaux nicht, mit dieser Auffassung in Frankreich durchzudringen? Die internationale Anleihe ist doch dazu bestimmt, das französische Finanzkapital wieder aufzurüsten, um dann den Wettbewerb gegen die deutsche Wirtschaft in großem Stil aufzunehmen.

Es hat wenig Zweck, wenn die englischen und französischen Gewerkschaftler in Rom versichern, daß die heutige Gewerkschaftsordnung nicht mehr im Stande sei, Europa zu retten. Soll die Rettung etwa vom Sozialismus besorgt werden, dessen folgerichtige Auswirkung wir in Sowjetrußland erlebt haben? Eigentümlich berührt auch daß der Engländer Turner zur Verteidigung des Achtstundentages aufrief, diese Verteidigung sogar als notwendige und wichtige Aufgabe für die Amsterdamer Internationale bezeichnete. Das soll die deutschen Gewerkschaften scharf machen, obwohl die Frage des Achtstundentages eine internationale Regelung erst recht nicht verträgt.

Für Deutschland hat sie eine andere Bedeutung als für England oder Frankreich. England verfügt über Rohstoffgebiete, über Kapitalanlagen im Ausland, über eine große Handelsflotte, alles Dinge, die der englischen Industrie erlauben, die notwendigen Rohstoffe wohlfeiler heranzubringen. Deutschland hat keine Rohstoffgebiete, es hat keine Kapitalanlagen im Auslande und keine Handelsflotte. Das verteuert die Rohstoffe, deren Mehrkosten wir aber nicht aus irgendwelchen Rücklagen oder Sachwerten bezahlen können, sondern nur durch die Steigerung der Erzeugung. In diesem Zusammenhang sind die Vorwürfe der englischen und französischen Sozialisten gegen Deutschland zu werten, daß der Achtstundentag nicht eingehalten werde. Daß er eingehalten wird, daran haben die englische und französische Wirtschaft das größte Interesse.

Es ist deshalb mehr als abwegig, wenn der deutsche Vertreter Leipart große Worte machte über die Tatkraft der deutschen Gewerkschaften, die von den deutschen Kapitalisten eine Wirtschaftspolitik forderten, die den Interessen der Allgemeinheit Rechnung trügen. In Frankreich und England fällt es den Gewerkschaftlern nicht ein, diese Politik zu erzwingen. Gewiß, ihre politische Macht und ihr politischer Einfluß ist in diesen Ländern gering. Aber dann sollten sie auf internationalen Tagungen nicht soviel Blech reden. Schließlich sind es immer wieder die deutschen Arbeiter, die die Zeche für die sozialistische Internationale zahlen müssen.

Die Saarvergewaltigung.

Von unserem saarländischen Mitarbeiter.

Das sogenannte saarländische „Parlament", mit dem die Regierungskommission in Saarbrücken die Bevölkerung des geknebelten Saargebiets glaubte beglücken zu müssen, hat bekanntlich nicht nur bei den unmittelbar Betroffenen, sondern in ganz Deutschland einen durchaus verständigen Sturm der Entrüstung heraufbeschworen. Aber alle Protestkundgebungen gegen diese schamlose Verzerrung des Begriffs einer wirklichen Volksvertretung haben nichts gefruchtet. Aus einer soeben veröffentlichten Kundgebung der Regierungskommission an die Bewohner des Saargebiets geht hervor, daß man auf keinen Fall gewillt ist, an der den wunderlichen „Landesrat" und womöglich noch wunderlicheren „Studienausschuß" einsetzenden Verordnung vom 24. März d. J. auch nur das Geringste zu ändern. Und wiederum klingt es wie beabsichtigter blutiger Hohn, wenn die Regierungskommission sich in ihrer Kundgebung zu der ungeheuerlichen Behauptung versteigt, sie hätte durch die gleichzeitige Errichtung eines Landesrates und eines Studienausschusses der Bevölkerung eine möglichst weite Mitarbeit an den öffentlichen Angelegenheiten sichern und damit die Interessen der Einwohner des Saargebiets wahren wollen. In Wahrheit dient die Verordnung vom 24. März allein dem ausgesprochenen Zweck, der Saarbevölkerung jede Möglichkeit zu nehmen, auf parlamentarischem Wege auch nur irgendwelchen Einfluß auf die Geschicke ihres Landes auszuüben. Die Presse hat man mit rücksichtsloser Brutalität schon längst mundtot zu machen verstanden, und folgerichtig weiß man jetzt weiter zu hintertreiben, daß die wahre Volksstimmung sich in einer wirklichen Volksvertretung, wie sie der Saarbevölkerung im Versailler Vertrag zugebilligt wurde, Gehör verschaffen könnte. Die Regierungskommission scheut sich auch gar nicht, offen zuzugestehen, daß sie für „unzulässig" hält, ein saarländisches Parlament zu errichten, dem die Regierungskommission verantwortlich wäre, und daß sie, die vom Völkerbundsrat ernannt sei, verhindern könnte, ihr Amt zu versehen. An der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes hat sie indessen kein Mensch im Saargebiet hindern wollen, dagegen man sich jedoch nach Kräften und mit vollem Recht wehren möchte, das ist das Gesetz und Gerechtigkeit ins Gesicht schlagende, von der Regierungskommission aber hartnäckig verfolgte Bestreben, die Bewohner des Saarlandes zu Sklaven der absolutistisch verfahrenden Regierungskommission zu erniedrigen und dem unglücklichen, wehrlosen Lande nach Belieben Gewalt anzutun.

Verurteilung eines belgischen Spitzbuben.

Der belgische Bürgermeister und frühere Abgeordnete Duysters wurde am Sonnabend von der Strafkammer in Antwerpen wegen Unterschlagung von 3½ Millionen Franken aus dem Verwaltungsfond des deutschen Eigentums zu 5 Jahren Gefängnis und 3000 Franken Geldstrafe unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren verurteilt. Die Gerichtskosten in Höhe von 6800 Franken gehen zu Lasten des Verurteilten, ebenso muß er die veruntreute Summe zurückerstatten.

Eine Sonderregierung von Jonien?

Die „Times" erklärt von gut unterrichteter Seite, es bestehe Grund zu der Annahme, daß das griechische Heer in Kleinasien wahrscheinlich eine Sonderregierung von Jonien in der Art der Angoraregierung bilden werde, wenn die Ententemächte nicht bessere Garantien verschaffen als der Völkerbund, der über keine bewaffneten Kräfte verfüge, die in der Lage seien, zu schützen. Der griechische König und die Regierung in Athen seien gewarnt worden, daß ein Widerstand von ihrer Seite verhängnisvolle Folgen haben werde. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß eine Versöhnung zwischen den Royalisten und den venezelistischen Elementen bevorstehe.

Goldfunde in Süd-Afrika.

Aus Pretoria wird gemeldet, daß zwischen Kaffeld und Omaruru neue Goldadern entdeckt worden seien. Es handelt sich um blaurote Quarzadern im Schiefer, die teilweise zutage liegen. Der Quarz führt sichtbare Goldkörner. Wie weit die Adern im großen Maßstab abbauwürdig sind, muß erst die eingeleitete genaue Untersuchung ergeben. Der Entdecker der Felder, der mit drei bis vier Eingeborenen mit den primitivsten Mitteln arbeitet, soll täglich eine gute Ausbeute an Goldkörnern erzielen.

Kleine Nachrichten.

Heidelberg, 25. April. Die 23jährige Tochter des bekannten Geologen Geh. Hofrats Prof. Salomon, ordentlichen Professors an der Universität, die eine Erholungsreise nach Thüringen angetreten hatte, ist dort nicht angekommen und wird seitdem vermißt. Die Verschwundene wirkte in Heidelberg als hochbegabte Musiklehrerin. Da die Dame einen größeren Geldbetrag bei sich hatte, wird vermutet, daß sie einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

w. **Berlin**, 25. April. Der Kölner Männergesangverein ist in Berlin eingetroffen. Die Kölner wurden auf dem Lehrter Bahnhof von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge empfangen, und vor allem dem Berliner Sängerbund angehörenden Gesangvereinen mit dem Gesang „Des Sängersgruß" begrüßt. Der Oberbürgermeister hieß in einer Ansprache die Kölner Gäste willkommen und erklärte, daß er die Sänger als Verterter des Rheinlandes, des besetzten Gebietes, deren Not uns allen am Herzen liege, begrüße.

w. **Berlin**, 25. April. Nach der Mutter des Arbeiters Müllner ist gestern auch seine Schwester ihren Verletzungen erlegen, die sie durch Beilhiebe des Bruders und dem Sprung aus dem Fenster erlitt. Der Mutter- und Schwestermörder ist noch immer nicht ergriffen.

TU. **Prag**, 25. April. Im Finanzministerium wurden große Unterschlagungen entdeckt, die 15 Millionen übersteigen. Ein Oberrechnungsrat in der Kuponabteilung der Staatsschuldendirektion wurde verhaftet.

Paris, 25. April. Der „Newyork Herald" meldet aus Toledo: „Tony", der größte in Gefangenschaft lebende Affe im Wolvbridge-Park mußte erschossen werden, weil er seinen langjährigen Wärter Louis Scherer fast zerrissen hat. Der Wärter, der schwerverletzt wurde, liegt im Sterben. Der Affe war schon seit einigen Tagen mürrisch. Er überfiel plötzlich den Wärter im Käfig. Ein anderer Wärter eilte hinzu, konnte aber nicht schießen, weil der Affe und der Wärter miteinander rangen. Als der Affe schließlich sein Opfer bewußtlos zu Boden geschleudert hatte, und dann von ihm abließ, konnte er erschossen werden.

Paris, 25. April. Auf der Autobusstrecke La Chapelle — Fen — Venevrs — Saint Hilaire stürzte, wie aus Lyon gemeldet wird, ein Wagen in die Schlucht zwischen Saint Eulalie und Pont-en-Rogens ab. 15 Personen wurden verletzt, davon eine schwer.

Paris, 25. April. In Ambly (Ostkanal) stieß, einem Telegramm aus Verdun zufolge, ein Schiffer beim Staken mit dem Bootshaken auf eine im Wasser befindliche alte Granate. Es erfolgte eine starke Explosion. Der Schiffer wurde getötet.

Belgrad, 25. April. Gestern stieß das Auto des Ministerpräsidenten Paschitsch mit

Die indische Tänzerin.

Roman von Paul Oskar Höcker.

50) (Nachdruck verboten.)

Viermal, bei jeder Heimkehr ihres Gatten vom Büro, hatte an diesen beiden Tagen die Frau Kretssekretär die gespannte Frage gestellt: „Nun?" Und ebenso oft hatte hernach vom Küchenfenster aus die jenseits des Hofes wohnende Witwe des Sparkassenrendanten das stumme Signal erhalten: „Noch nicht!" Dann gab's ein erschöpftes Achselzucken hüben und drüben.

Jetzt waren die Würfel gefallen — und eigentlich hatte sich im Lauf der Welt gar nichts geändert. Man war auf mehreren Damenkaffees enttäuscht — und auch an verschiedenen Stammtischen.

„Amerikanische Reporterphantasie!" Nichts weiter hatte der Landrat von Röchlingen darauf zu sagen gewußt.

Seltsam fischblütig beurteilte der Herr Landrat das Vorleben seiner Frau. War ihm das alles wirklich so gleichgültig? Oder hatte er schon vor der Eheschließung etwas gewußt . . . Es gab ja Männer, die sich über so etwas hinwegsetzten. Aber bei einem Manne, der zur Stütze von Thron und Altar berufen war, erschien es zum mindesten außergewöhnlich.

Helyett machte an diesem Abend eine sie tief betrübende Wahrnehmung. Sie hatten, wie immer nach der Mahlzeit, die sie nach englischer Sitte um sieben nahmen, auf der Diele am Kamin Platz genommen. Ein englisches Buch über die Kolonien, das sie beide gelesen hatten, bildete eine Zeitlang das Gesprächsthema. Helyett ereiferte sich. Der Verfasser hatte ihrer Meinung nach unrecht; zumal die britisch-indischen Verhältnisse stellte er in ganz falschem Lichte dar.

Im ganzen stimmte ihr Mann ihrem Urteil bei. Nur ein paar Einwendungen hatte er. Er brachte sie seltsam abgerissen vor. Immer wieder zog er an seiner Zigarre, die nicht brannte. Dann warf er sie in den Kamin. Aber sie fiel neben die Feuerstelle, und Helyett bemerkte, daß sie überhaupt noch nicht angezündet war. Sie schloß die Augen, setzte den Schaukelstuhl, in dem sie saß, in Bewegung und hörte seiner Rede aufmerksam zu. Er sprach nun fließender, aber er bewies das Gegenteil von dem, was er hatte beweisen wollen.

Als sie den Blick zu ihm aufschlug, zuckte sie unwillkürlich zusammen. Etwas Starres — oder Irres — etwas krankhaft Verwirrtes lag in dem Ausdruck, womit er sie musterte.

„Phili!" stieß sie angstvoll aus, sich vorbeugend.

„Ja?" Er schreckte auf. Und nun lächelte er zerstreut. „Ich habe wohl Unsinn gesagt?"

„Du bist so seltsam, Phili."

„Verzeih, Liebling! Ich war wirklich nicht dabei."

Darauf ward ihr Blick noch ernster. „Wo warst du, Phili?" fragte sie zögernd.

„Sprich nicht, Helyett, sprich nicht. Es wird vorübergehen."

Nun stand ihr die Szene auf Hohenkeith sofort wieder greifbar vor Augen. Sie litt viel qualvoller, als sie sich's merken ließ. Ihre Sicherheit war nur gespielt, seinetwegen hielt sie sich aufrecht.

Nach diesem Abendgespräch ging er erst zur Ruhe, als sie schon fest schlief. Es mußte sehr spät sein, denn sie hatte lange wachgelegen und in die Finsternis geblickt.

Am andern Morgen schrieb sie Tante Linda, die längst um ihren Besuch gebeten war, ausführlich. Die Gräfin hatte bisher immer die scherzhafte Ausrede gebraucht, sie wäre viel zu egoistisch, um ein flottes, junges Ehepaar in den Honigmonden zu stören. Aber auf diesen denkwürdigen Brief hin kündigte sie doch ihren Besuch an.

Phili graute es davor, einen unbefangenen Zeugen, zumal einen so klarsehenden wie Tante Linda, um sich zu haben. Aber er zwang sich, davon nichts zu verraten.

„Gewiß freue ich mich, Helyett. Sie ist ja unsere einzige Freundin."

Und doch empfand es Helyett ebenso schmerzlich wie er, ebenso demütigend, daß Tante Linda hier bald genug erkennen würde: sie hatte Recht gehabt mit ihren schwarzseherischen Befürchtungen.

Nachmittags um halb drei Uhr hielt der D-Zug in Klowitten. Röchlingen wollte einen dienstlichen Termin vertagen, um sie am Bahnhof mit zu empfangen; aber Helyett redete es ihm aus. So fand die Begegnung erst abends statt, als er von auswärts heimkehrte.

Er traf Helyett in großer Erregung. Nach den ersten Worten der Begrüßung erfuhr er die Ursache aus Tante Lindas Mund. Helyett war ins Nebenzimmer gegangen. Im Dunkeln stand sie da am Fenster.

Die Damen hatten gegen Abend, kurz bevor die Dämmerung einsetzte, einen kleinen Spaziergang durch die Stadt unternommen. Um diese Stunde zeigte sich das Stadtbild in der vorweihnachtlichen Zeit am buntesten und amüsantesten. Wer einen Vorwand hatte, um ein bißchen durch die Straßen zu schlendern, der benutzte diese allgemeine Bummelstunde. Die Herren begaben sich auf einem kleinen Umweg zum Dämmerschoppen, die Damen machten ein paar Blitzvisiten, die Gymnasiasten und Realschüler suchten ihren Tanzstundenbekanntschaften zu begegnen oder machten Fensterpromenaden.

Da und dort hatte Helyett noch kleine Einkäufe zu besorgen, und die Gräfin Elz zog geduldig mit, ein wenig belustigt über den hausfraulichen Zug, den ihre smarte Nichte in der jungen Ehe angenommen hatte. Daß sie auffiel, wo immer sie sich zeigte, das war Helyett gewöhnt. Es wunderte sie nicht, daß heute die Blicke, die sie streiften, noch neugieriger waren als sonst, da die neue Erscheinung an ihrer Seite neues Interesse wecken mußte. Das frische, rosige Gesicht von Tante Linda mit dem weißen Haar und den jungen Augen wirkte ja auch sehr pikant.

Aber heute war doch noch etwas anderes dabei, etwas ganz Undefinierbares. Im Basar am Markte, beim Drogisten, auf der Post, im Handschuhladen — überall das halb verlegene Verstummen, wenn sie eintraten, ein rasch sich verstärkendes Geflüster, wenn sie weitergingen.

In der Buch- und Kunsthandlung am Ring wollte Helyett zuletzt noch vorsprechen. Sie hatte ihren Bedarf an Büchern und Zeitschriften bisher durch eine Berliner Firma gedeckt. Auf Phils Vorschlag wollte sie ihre Kundschaft dem einheimischen Buchhändler zuwenden.

Vor dem Schaufenster befand sich immer eine kleine Gruppe Passanten, die die ausgestellten Bilder und Prospekte der Kunstzeitschriften und die Titel der neuen Bücher musterten. Heute war ein wirkliches Gedränge vorhanden. Die Damen zögerten beim Eintreten unwillkürlich und warfen einen flüchtigen Blick auf das große Bild, das in der Mitte des Schaufensters hing.

Jäh fuhr Helyett zusammen.

Es war ihr Bild — in der Pose, der indischen Tänzerin — nach jener Aufnahme, die der Impresario in Algier veranlaßt hatte.

In vielen Tausenden von Exemplaren war das Bild in den Städten, die sie auf ihrer amerikanischen Tournee berührten, schon wochenlang vorher ausgestellt worden. Eine farbige Wiedergabe brachten dann die Riesenplakate, die an den Ecken ihr Auftreten anzeigten. Hundertmal hatte die marktschreierische Reklame sie geärgert, so oft sie nach der Ankunft in einer neuen Stadt vom Bahnhof ins Hotel fuhr — aber der Erfolg war ja nie ausgeblieben und gab dem Impresario Recht.

Das lebensgroße Reklameporträt hatte mit ihr selbst wenig gemein. Unter den Händen des Plakatmalers, der auf grelle, weithin reichende Wirkung bedacht sein mußte, hatte sich auch ihr Kostüm stark verändert. Nie würde sie sich dem Publikum so gezeigt haben, so wenig prüde sie war. Aber ein Auflehnen gegen die Reklamemittel ihres Managers gab es nicht. Und Harrach lehrte sie, als sie sich beklagte, der Sache den Humor abzugewinnen.

„Wenn die Leutchen kommen, in der Meinung, daß es sich bei Radhas Tanz um 'was Pikantes handelt, dann genügt das halbe Kilo Weihrauch, das der Lambest opfern läßt, um sie feierlich zu stimmen. Eine Orgie der Sinne haben sie erwartet — und geraten blindlings in eine Andachtsübung. Wir nennen das „Erziehung zur Kunst" — und Lambest nennt's: Neunzig Prozent der Bruttoeinnahme!"

(Fortsetzung folgt.)

einem Straßenbahnwagen zusammen. Paschitsch erlitt an der rechten Seite des Körpers und am Knie schwere Verletzungen. Er wurde nach seiner Wohnung gebracht.

Soziales Leben.

Annahme der Lohnschiedssprüche für den Bergbau.

TBO. **Bochum**, 25. April. Die Freien Gewerkschaften hatten auf Montag eine Reichslohnkonferenz für den Bergbau einberufen, die sich mit den Schiedssprüchen und Lohnvereinbarungen vom 19. ds. Mts. befaßte. Nach einem Referat des Vorstandsmitgliedes des alten Bergarbeiterverbandes, Schmidt-Bochum, und einer ausgiebigen Erörterung stimmte die Konferenz den Lohnbeschlüssen zu. Es wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die am 24. April in Bochum tagende Reichslohnkonferenz der freien Gewerkschaften für den Bergbau erkennt die für die Monate Februar, März und April getätigten Lohnbeschlüsse an. Die Konferenz erhebt aber ganz entschieden Einspruch gegen die Behauptung der Arbeitgeber, daß die Löhne den Lebensmittelpreisen vorauseilt seien. Tatsache ist, daß die Erhöhung der Löhne ständig eine Folge der gestiegenen Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel waren. Würden bestimmte Kreise im Deutschen Reiche das Volk nicht in so wucherischer Weise auspressen, so würden sich Preis- und Lohnfrage in gesunderen Bahn bewegen, womit dem deutschen Wirtschaftsleben sehr viel gedient wäre. So lange sich aber die Preise ständig nach oben bewegen, müssen die Arbeiter des Bergbaues auch weitere Lohnerhöhungen haben. Die Organisationsvorstände werden beauftragt, die Entwicklung auf dem Wirtschaftsmarkte zu verfolgen und gegebenenfalls mit neuen Lohnforderungen an den Arbeitgeber heranzutreten."

Aussperrung im Baugewerbe.

Von dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter zu Bochum wird uns geschrieben:

Was seit dem 8. April von den Vertretern der Bauarbeiterverbände vermutet wurde, soll nun eintreten. Die für das Baugewerbe in Betracht kommenden Arbeitgeberverbände wollen es auf eine Machtprobe ankommen lassen, um dadurch die Bauarbeiterschaft gefügig zu machen. In einem Zirkular vom 21. d. Mts. mit anhängenden Richtlinien werden die Verbandsfirmen verpflichtet, alle Arbeiter des Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbes am Montag, den 24. d. Mts., zu kündigen, und am Dienstag, den 25. April, auszusperren.

Zur Beilegung dieser Aussperrung hatte der Reichskommissar für Montag, den 24. d. Mts., die Vertreter der Parteien noch einmal zu einer Einigungsverhandlung geladen. Leider verlief auch diese ergebnislos. Die Arbeitgeber stellten die Bedingung, daß die Arbeiter sich zu folgendem zu verpflichten hätten:

1. Anerkennung des von dem Betriebsamt gefällten Schiedsspruchs.
2. Aufhebung aller bisherigen Kampfmaßnahmen.
3. Zurückführung aller streikenden Arbeiter zu ihren früheren Arbeitsstellen.

Erst nach Erfüllung dieser Bedingungen durch die Arbeiter und nach vorheriger Rücksprache mit der Industrie wollen die Arbeitgeber in weitere Verhandlungen eintreten. Die Arbeitervertreter erklärten sich bereit, diese Bedingungen zu erfüllen, wenn die Lohnverhandlungen sofort aufgenommen und möglichst zum Abschluß gebracht würden. Leider lehnten letzteres die Arbeitgeber entschieden ab. Sie erklärten, erst dann in Verhandlungen eintreten zu wollen, wenn die von ihnen gestellten Bedingungen von der Bauarbeitern erfüllt seien.

Eine im Anschluß an diese ergebnislos verlaufene Einigungsverhandlung stattgefundene Vertreterkonferenz der Bauarbeiter nahm zu der Forderung der Arbeitgeber Stellung und kam zu dem Entschluß, daß solange, wie die Vertreter der Bauarbeitgeberverbände sich nicht zu ernsten Lohnverhandlungen bereit erklären, die Forderung der Arbeitgeber nicht erfüllt werden könne. Die Arbeitgeber haben ihre wahren Pläne bekanntgegeben. Dem gesamten Baugewerbe steht ein schwerer Kampf bevor, dessen Folgen für das übrige Wirtschaftsleben nicht abzusehen sind. Die Bauarbeiter sehen den ihnen aufgezwungenen Kampf mit Ruhe entgegen. Sie haben sich mit ihren gutausgebauten Organisationen eine Macht geschaffen, durch welche sie die Pläne der kampfeslustigen Unternehmer vereiteln werden.

Die Bauarbeitervertreter haben sich die größte Mühe gegeben, um die am 8. April aufgenommene Lohnverhandlung zu einem friedlichen Abschluß zu bringen. Die Vertreter der Bauarbeitgeberverbände haben, trotzdem die Parteien schon viermal zu Verhandlungen zusammengetreten sind, nicht so gehandelt. Trotzdem die Arbeitervertreter ihre erste Forderung um 3 Mk. reduzierten, haben sie den Arbeitern kein Lohnangebot gemacht. Erst nachdem das Bezirkslohnamt einen Schiedsspruch gefällt hatte, der den Teuerungsverhältnissen nicht im geringsten Rechnung trug, forderten sie die Anerkennung desselben. Andererseits stellte sie Forderungen, die mit den tarifl chen Bestimmungen völlig in Widerspruch standen und daher von den Arbeitervertretern abgelehnt werden mußten. Aus ihrem ganzen Verhalten ging hervor, daß sie unter einem gewissen Drucke standen und daher auch nicht ehrlich verhandeln wollten oder verhandeln durften. Aus diesem Grunde werden auch die Arbeitgeber die Verantwortung für die Folgen ihrer Aussperrung zu tragen haben.

Kunst und Wissen.

* **Zu Franz Mannstadts Gedächtnis** veranstaltete Intendant Dr. Schmitt um die Sonntagvormittagstunde im Duisburger Stadttheater eine öffentliche Trauerfeier. Die zahlreich erschienenen Verehrer des Heimgegangenen lauschten in stiller Wehmut dem eindrucksvollen Nachruf Dr. Schmitts, welchem sich die durch Karl Siebolds Mund verkündeten Dankes- und Gelöbnisworte des gesamten Theaterpersonals anschlossen. Das städt. Orchester kleidete seine Gefühle und Empfindungen in den Trauermarsch aus Beethovens „Eroica", und der Opernchor bereitete den rechten Stimmungsboden mit Weisen aus Glucks „Orpheus", gleichzeitig des Gesamtwerkes gedenkend, mit dem sich der junge Regiekünstler so erfolgreich einführte. Deklamation und Sologesang paßten sich dem ernsten Inhalt der Feier künstlerisch wesensverwandt ein.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Der Krach in Genua.

Eine Erklärung des deutschen Reichskanzlers.

D. **Genua**, 26. April. (Drahtung unseres Sonderberichterstatters.) Bis gestern abend war die Lage vollkommen unsicher. Die verschiedensten Gerüchte gingen um. Endlich um 7 Uhr hat der Reichskanzler die Pressevertreter zusammengerufen. Der Reichskanzler hielt keine eigentliche Rede, sondern er wollte nur die Haltung der deutschen Regierung rechtfertigen. Er erklärte, daß unter den heutigen delikaten Verhältnissen die Zurückhaltung empfehlenswert, ja sogar notwendig sei, und daß er nicht beabsichtige, mit sowieso unfruchtbaren Aeußerungen eine neue Polemik zu eröffnen. Er wolle aber mit Hilfe der Presse eine feierliche Erklärung abgeben:

Soweit bis jetzt Nachrichten zu uns gedrungen sind, ist in Frankreich an uns die Frage gerichtet worden: Ist der Vertrag von Rapallo vollständig veröffentlicht worden? Enthält er geheime Bestimmungen? Dient er militärischen oder politischen Bestimmungen als Vorwand? Dazu dient meine Erklärung:

Der Vertrag ist vollständig veröffentlicht worden. Er enthält keine Bestimmungen politischen oder militärischen Charakters. Er ist nach unserer Auffassung als Friedensinstrument zu würdigen, und er ist auch der erste wahrhafte Friedensvertrag zwischen zwei Völkern, die miteinander in blutigem Ringen gestanden haben. Er macht mit der Vergangenheit zwischen Deutschland und Rußland reinen Tisch. Worauf es ankommt, ist, mit dem russischen Volk in Frieden zu leben und es der Handelswelt zu ermöglichen, im Osten arbeiten zu können. Wer uns darin nachkommt und nachfolgt, der ist uns willkommen. Wir können es nur begrüßen, wenn die Westmächte in Genua zu einem ähnlichen Vertrag wie dem von Rapallo kommen, der friedliche Wege ebnet!

Die Instruktion der franz. Delegation.

w. **London**, 25. April. Einer hier verbreiteten Meldung zufolge soll die französische Delegation klare Instruktionen erhalten haben, auf den von Poincare gestellten Bedingungen zu bestehen. Sie würden ein 48stündiges Ultimatum für Rußland verlangen oder die Konferenz verlassen.

Eine Botschaft Lloyd Georges.

w. **London**, 25. April. Die Abendblätter veröffentlichen folgende Meldung: **Lloyd George sagte in einer aus Genua an England gerichteten Botschaft, die Rede Poincares sei eine sehr ernste Erklärung. Sie sei nicht dazu angetan, das Zusammenwirken der Alliierten zu bessern. Großbritannien sei entschlossen, zu verhindern, daß Europa wieder ein Schlachthaus werde.**

Die Abendblätter melden, daß infolge der Rede Poincares die Möglichkeit einer Zurückziehung Frankreichs von der Genueser Konferenz in Genua und in London eifrig erörtert werde. Wenn dieser Fall eintreten sollte, dann würde der Meldung zufolge Lloyd George nach London zurückkehren, um das Parlament um Unterstützung zu ersuchen. Die Genueser Konferenz werde dann wahrscheinlich fortgesetzt werden. Es sei nicht wahrscheinlich, daß Lloyd George diese Fragen durch Neuwahlen entscheiden lassen wolle.

Lloyd Georg läßt seinen Sekretär sprechen

D. **Genua**, 25. April. (Drahtung unseres Sonderberichterstatters.) Heute nachmittag hielt der erste Sekretär Lloyd Georges, Grigg, eine aufsehenerregende Rede vor den Pressevertretern, die man ohne weiteres als eine Rede Lloyd Georges auffassen kann. Er erklärte, die Rede Poincares sei sehr gefährlich, weil sie ohne Fühlung mit den anderen alliierten Mächten gehalten worden sei. Alles, was Poincare über Zusammenarbeit mit den Alliierten gesagt habe, werde von der englischen Regierung vollständig unterschrieben. Aber

die französische Regierung habe eine ganz besondere Art, die interalliierte Zusammenarbeit aufzufassen,

wenn sie solche Erklärungen mache wie Poincare. Es sei wahr, daß die französische öffentliche Meinung von dem deutsch-russischen Vertrag sehr erbittert gewesen sei. Sie glaube, daß dieser Vertrag sich gegen die Konferenz richte, und diese Meinung werde von einem großen Teil der französischen Presse bestätigt. Die französische Presse befürchte auch, daß England mit Rußland zum Nachteil der französischen Interessen verhandele. Diesbezüglich erklärte Grigg, daß er die Forderungen einiger englischer Blätter verurteilen müsse, die dem Publikum einreden wollen, daß Lloyd George Privatverhandlungen mit den Russen gehabt habe. Der erste Sekretär sprach dann auch über

die russische Frage.

Er richtete eine ernste Mahnung an die Führer der russischen Delegation, die auf sehr asiatische Weise mit den Westmächten verhandeln wollten; aber diese Taktik der Russen dürfe die Europäer nicht derartig beeinflussen, daß sie die Verhandlungen unterbrächen. Es dürfe nicht eine Lage geschaffen werden, die zu einer Verbrüderung zwischen Deutschland und Rußland gegen die Westmächte führen könne. England wolle keine Politik, die zu solchen Ergebnissen führen könne, weil England es vermeiden wolle, Europa wieder in ein Schlachtfeld umwandeln zu lassen. Grigg schloß: Wir wollen Frieden mit Rußland um jeden Preis und welcher Form die russische Regierung sein möge, weil wir wissen, daß das russische Volk für die Ereignisse der Revolutionszeit nicht verantwortlich ist. Um dies zu erreichen, werden wir auch mit den russischen Delegierten ganz klar sprechen!

Aeußerungen Tschitscherins.

bb. **Berlin**, 25. April. Der Genueser Korrespondent des Berliner Tageblattes hatte mit Tschitscherin eine Unterredung, in deren Verlauf der russische Außenkommissar betonte, mit wie lebhafter Genugtuung der

Vertrag mit Deutschland

begrüßt wurde. Im Hinblick auf den Versuch, einen Widerruf Deutschlands herbeizuführen, sagte Tschitscherin: Rußland muß es als einen gegen seine Selbständigkeit und seine Souveränität gerichteten Eingriff betrachten, wenn von gewissen Mächten versucht wird, den Vertrag zu annullieren oder zu verändern, den Rußland mit einem Dritten abschloß. Jeder Abänderung des Vertrages würde Rußland durchaus ablehnend gegenüberstehen. — Den russischen Standpunkt

zur Völkerbundsfrage

formulierte Tschitscherin folgendermaßen: Nur bei einer Aenderung der Konstitution des Völkerbundes, der jetzt einer bestimmten Gruppe Privilegien gibt, bei Gewährung gleicher Rechte für alle Völker sowie bei Schaffung besonderer Arbeitervertretungen im Völkerbund ist für Rußland der Beitritt möglich.

Tschitscherin an Polen.

D. **Genua**, 26. April. (Drahtung unseres Sonderberichterstatters.) Tschitscherin hat im Namen der russischen Delegation eine sehr heftige Note an Polen gerichtet. Er macht darauf aufmerksam, da zwischen Polen und Rußland ein regelrechter Friedensvertrag besteht, der Polen auf die rechtliche Anerkennung Sowjetrußlands verpflichtet. Tschitscherin fordert von Polen die Respektierung dieses Vertrages, und er fordert, daß Polen an den Verhandlungen der politischen Kommission über die russischen Fragen nicht mehr teilnehme.

Eindrücke in Genua.

D. **Genua**, 26. April. (Drahtung unseres Sonderberichterstatters.) Den ganzen Tag bildete das Gesprächsthema die russische Frage und die Rede Poincares. Die Auffassungen sind natürlich verschieden. Heute schien es, als ob die ganze praktische Arbeit der Konferenz ernstlich gefährdet sei. Die Optimisten behaupten allerdings, daß man mit den Russen zu einem Kompromiß kommen werde. Eins ist sicher: **Die Isolierung Frankreichs schreitet weiter fort und kann jeden Tag schärfere Formen annehmen. Man ist der Ansicht, daß die große Kriegsallianz ihre letzten Tage lebt. Die heutige Rede des Wortführers Lloyd Georges und die darin zum Ausdruck gekommene Ansicht des englischen Premierministers lassen das nicht verkennen. Entweder wird also Frankreich seine Taktik ändern müssen oder es wird den Weg der Isolierung immer weiter gehen.**

Der Beginn des Kofferpackens.

TU. **Genua**, 25. April. Theunis und Hermes sind abgereist und auch in den Kreisen der Sachverständigen hat das Kofferpacken begonnen. Von einem amerikanischen Journalisten wurde heute erzählt, daß Reichskanzler Dr. Wirth habe wissen lassen, daß sich auch für die Führer der deutschen Delegation die Notwendigkeit einer baldigen Rückreise immer stärker erweise. (L.-An.)

Eine Hetzrede des französischen Kolonialministers.

w. **Paris**, 25. April. Kolonialminister Sarraut, der als Abgeordneter der sozialistisch-radikalen Partei angehört und Vorsitzender des Generalrats des Departements Aude ist, erklärte bei Eröffnung des Generalrats u. a.: Frankreich könne nicht zugeben, daß es Verzicht auf die gerechten Ansprüche, die ihm aus den neuerlich beschlossenen Friedensverträgen zustehen, leiste oder daß die Abtretung dieser Ansprüche neue Opfer denjenigen zuziehe, mit denen es seinen Sieg bereits teuer bezahlt habe. Frankreich, das bereits überfallen und beraubt wurde, könne kein Geschick auf sich nehmen, das schlimmer sei, als das des besiegten Feindes. Frankreich könne nicht hinnehmen, angesichts der neuen Drohung, wieder wehrlos dazustehen. Wenn eine Gefahr für den Weltfrieden bestehe, eine tatsächlich greifbare Gefahr, so sei es nicht die unsinnige Fabel vom Imperialismus, den eine ebenso niederträchtige wie kluge Propaganda Frankreich zuschriebe. Eine Gefahr würde nur dann bestehen, wenn die Schwäche der Nationen diejenigen ungestraft ließe, die schon einmal den Krieg entfesselt hätten und aus ihrer Straflosigkeit nunmehr den Mut hervorholten, es zum zweiten Male zu tun, in der Gewißheit, daß es dann keine Gefahr laufe.

Der Reichspräsident an die Kölner Sänger

TU. **Berlin**, 25. April. Bei dem Empfang des Kölner Männergesangvereins in der Staatsoper richtete der Reichspräsident ein herzliches Willkommen an die Sänger. Er verwies darauf, daß auf dem ganzen Volke das Bewußtsein laste, daß unsere strebsamen und arbeitsfreudigen Volksgenossen im Westen gehindert würden, ihre Kräfte zu entfalten, um mit zu arbeiten an der Wiederaufrichtung unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Die rheinische Bevölkerung werde in erster Linie von den Leiden der Besatzung betroffen. Der Reichspräsident bat die rheinischen Sänger, überzeugt zu sein, daß das ganze Volk in brüderlichem Mitgefühl mit ihnen unter dem Druck fremder Gewalt leide.

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Presse.

w. **Berlin**, 25. April. Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Presse ist auf der Grundlage des von der beauftragten Kommission fertiggestellten Entwurfes vom 16. 12. 22 von den Bevollmächtigten des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe und des Reichsverbandes der Deutschen Presse abgeschlossen worden. Zugleich ist für die den Entwurf angefügte Vereinbarung die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit durch das Reichsarbeitsministerium beantragt worden.

Die oberschlesischen Besatzungskosten.

TU. **Berlin**, 25. April. Zu der Nachricht, daß von den alliierten Mächten eine Forderung von 10 Milliarden Mark für die Besatzungskosten Oberschlesiens gestellt worden sei, erfährt die T. U. an zuständiger Stelle, daß im Artikel 88, Paragraph 6, des Friedensvertrages allerdings vorgesehen ist, daß die Besatzungskosten aus oberschlesischen Mitteln bezahlt werden und daß auch recht beträchtliche Beträge auf dieses Konto geleistet worden sind. Von einer Summe von 10 Milliarden Mark könne aber unmöglich die Rede sein. Für eine Besatzungszeit von zwei Jahren sind nach den Bestimmungen nur die tatsächlichen Kosten der Besatzung in Oberschlesien aus oberschlesischen Mitteln zu leisten.

Eine Erklärung des Deutschen Bankbeamten-Vereins.

TU. **Berlin**, 25. April. Wie uns mitgeteilt wird, legt die Leitung des Deutschen Bankbeamtenvereins gegenüber verschiedenen im Umlauf befindlichen Gerüchten Wert auf die Feststellung, daß die Beisitzer der genannten Organisation im Schlichtungsausschuß den am 9. April gefällten Schiedsspruch im Bankstreit nur formell deshalb angenommen haben, um damit ein Zustandekommen eines Ergebnisses und damit die Möglichkeit der Mitgliederbefragung herbeizuführen. Mit der damaligen Haltung war keinerlei sachliche Stellungnahme oder Bindung für den Deutschen Bankbeamten-Verein verknüpft, noch viel weniger eine Zusage im Namen der genannten Organisation ausgesprochen. Das Ergebnis der Abstimmung in den Zweigvereinen des Deutschen Bankbeamten-Vereins liege zwar noch nicht vor; es würde jedoch die endgültige Ablehnung des Schiedsspruches mit Bestimmtheit erfolgen, wenn in den Nachverhandlungen, die der Reichsarbeitsminister auf Antrag der genannten Organisation herbeiführte nicht wesentliche Verbesserungen erzielt werden. Die Nachverhandlungen werden anfangs nächster Woche stattfinden.

Morgans Beitritt zur Studienkommission für eine deutsche Anleihe.

TU. **Paris**, 25. April. Herr Morgan, der von der Reparationskommission eingeladen wurde, an der Studienkommission sich zu beteiligen, die die interalliierte Anleihe für Deutschland zu prüfen hat, hat gestern seine Einwilligung gegeben, diesen Posten anzunehmen. Nach dem Newyork Herald wird Morgan am 15. Mai die Reise nach Europa antreten. Er gab die Erklärung ab, daß, wenn man für die deutsche Anleihe eine öffentliche Subskription vornehmen werde, er glaube, daß in den Vereinigten Staaten ein großer Teil der Anleihe gezeichnet werden könnte, allerdings würden dazu bestimmte Bedingungen notwendig sein.

Die Abrechnung der amerikanischen Rheinlandbesatzung.

w. **Paris**, 25. April. Nach einer Meldung des Newyork Herald aus Washington wird der Abgeordnete Tilson als Sondervertreter des Präsidenten und Kriegssekretärs zur Untersuchung von Ansprüchen aus der amerikanischen Besatzung des Rheinlands nach Europa reisen. Es handelt sich, wie das Blatt erfährt, um Ansprüche, die sowohl von deutscher wie von französischer Seite gegen die amerikanischen Truppen geltend gemacht werden. Tilson kommt auf seiner Reise nach Paris, Berlin und Koblenz.

---

w. **Hamburg**, 25. April. Zu der Methylalkohol-Vergiftung auf Dampfer „Watsneß" ist noch nachzutragen, daß inzwischen 4 weitere Arbeiter gestorben sind. Die Zahl der Toten erhöhte sich auf 10. Eine große Anzahl schwebt noch in Lebensgefahr. Auch auf den Nachbarschiffen tranken viele Leute von dem Inhalt der leck gewordenen Fässer.

TU. **Berlin**, 26. April. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung hat man sich geprügelt. Das Mitglied der USPD. Dr. Kolitz rief dem Oberbürgermeister, der ihn durch eine Aeußerung gereizt haben soll, das Wort Lümmel zu. Hierauf brach ein Tumult los. Mitglieder der Unabhängigen und der Kommunisten stürzten auf Angehörige der Rechten, und es kam zu einer Prügelei. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktionen, den 1. Mai in den städtischen Betrieben als Feiertag gelten zu lassen, wurde mit 106 gegen 102 Stimmen abgelehnt.

bb. **Berlin**, 25. April. In Gruppenhagen bei Rügenwalde in Pommern brach ein Großfeuer aus, während die Bewohner des Dorfes auf dem Felde waren. 10 Gehöfte und das Schulgebäude sind vollständig niedergebrannt. Zahlreiche Familien sind obdachlos.

w. **Berlin**, 25. April. Das deutsche Generalkonsulat in Antwerpen ist eröffnet worden. Es wird vom Generalkonsul Franqui geleitet.

w. **Belgrad**, 25. April. Die Untersuchung über die Explosion in Monastir ergab, daß 5 Soldaten und 6 Zivilpersonen getötet wurden. Die Entstehungsursache der Explosion führen die Sachverständigen auf Witterungsveränderungen zurück.

Amtlicher Wetterbericht.

Der Tiefdruck verlagert sich zum Ostseegebiet und scheint sich nur sehr langsam fortzubewegen. Wir hätten daher auch für Mittwoch und Donnerstag auf seiner Westseite mit Fortdauer des „April-Wetters" zu rechnen.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner; für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel, Sport und Letzte Nachrichten: Th. Hoffen; für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: Fritz Schwinck; für Inserate und Reklamen Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Die glückliche Geburt eines gesunden, prächtigen

Mädchens

zeigen hocherfreut an

Albert Rüsberg und Frau

Emma geb. Trebe.

Bochum, den 24. April 1922.

Die Verlobung ihrer Tochter **Elisabeth** mit dem Bergbaubeflissenen Herrn **Paul Gerhard Bockamp** zeigen ergebenst an

Berlin-Friedenau, Niedstr. 16

Fritz Hellwig,

Wirklicher Legationsrat, vortragender Rat im Auswärtigen Amt

und Frau Elsa geb. Kahl.

April 1922.

Elisabeth Hellwig

Paul Gerhard Bockamp

Verlobte.

Statt besonderer Anzeige.

Heute abend 6 Uhr entschlief sanft nach längerem, mit größter Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante

Luise Asbeck

geb. **Bovenkerk**

im 70. Lebensjahre.

Mit der Bitte um stille Teilnahme

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Alb. Asbeck.

Bochum, Charlottenburg, 24. April 1922.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. d. M., nachmittags 3¼ Uhr vom Trauerhause, Wrangelstraße 3 aus statt.

Trauerfeier ¼ Stunde vorher im Hause. Beileidsbesuche dankend verbeten.

Nach längerem Leiden verschied am 23. dieses Monats

Herr Lagerhalter

Dietrich Degener

aus Altenbochum

Mitglied des Kreistages.

Der Verstorbene hat stets in treuer Pflichterfüllung seines Amtes gewaltet, er war uns in Rat und Tat ein lieber Mitarbeiter.

Sein Andenken wird in Ehren bleiben!

Bochum, den 25. April 1922.

Namens des Kreistages des Landkreises Bochum:

Stühmeyer, komm. Landrat.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Tode meines lieben Gatten, unseres guten Vaters sprechen wir an dieser Stelle allen unseren herzlichen Dank aus,

Besonders danken wir für die vielen Kranzspenden, die Mitwirkung des Kriegervereins, des Evgl. Arbeitervereins, des Gesangvereins „Wachtel" und der Gesangabteilung der Zechen Caroline I u. II, Herrn Pastor Kromberg sprechen wir für seine trostreichen Worte ganz besonders herzlichen Dank aus. 10856

Frau Christine Hünning,
nebst Kindern.

Laer, den 25. April 1922.

Auto-Benzin / Auto-Benzol

sowie **Auto-Oele u. -Fette** zu Tagespreisen liefert ab ihren Tankanlagen Wiemelhausen u. Hermannshöhe

Chem. Fabr. Walther Bosch G. m. b. H

Telefon 19 Bochum Telefon 19

Nach langem, schwerem und geduldig ertragenem Leiden verschied heute im 58. Jahre seines arbeitsreichen Lebens mein lieber Mann und treusorgender Vater, Bruder, Schwager, Neffe und Onkel, der

Ingenieur

Gustav Brumby.

Um stilles Beileid bitten

Die trauernden Hinterbliebenen
Meta Brumby geb. **Gloeckner**
Werner Brumby, stud. rer. elektr.

Bochum, Duisburg, Düsseldorf, Berlin, den 24. April 1922.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. April, nachm. 3 Uhr vom Trauerhause, Bergstraße 33 aus statt. Trauerfeier ¼ Stunde vorher.

Es wird gebeten, von Beileidsbesuchen abzusehen.

Familien-Nachrichten

Geboren: Ein Knabe: Amtmann Möller, Herbede-Schwelm. Ein Mädchen: Fritz Bals, Weitmar, Anton Modr, Essen.

Vermählt: Valentin Nicolay mit Thea Sommer, Bochum, Anton Tramvert mit Aenne Hassel und Fritz Wiese mit Hedwig Hassel, Bochum, Alfons Schulte-Holtey m. Maria Hamm, Bielefeld, Paul Korte mit Agnes Niklas, Lüdenscheid, Willy Eigenrausch mit Anna Schlüter, Salzuflen, Friedr. Herberg mit Leni Donsbach, Dortmund.

Gestorben: Frau Ida Schell geb. Henkel, 42 J., Bochum, Franz Schürmann, 14½ J., Bochum-Wiemelhausen, Gustav Fey, 34 J., Gertrud Stanislaus Swierzyt, 64 J., Bochum, Frau Conrad Schäfers geb. Kindermann, 64 J., Bochum, Rektor Otto Kemmer, 64 J., Langendreer, Wilh. Harbrink, 77 J., Dortmund, Karl Bormann, 79 J., Dortmund, Heinrich Vesper, 73 J., R.-Bonsfeld, Theodor Notthauwe, 74 J., Linden.

Fluchtlinienfestsetzung

Der von uns im Einverständnis mit der Stadtverordneten-Versammlung unter Zustimmung der Stadtpolizeiverwaltung festgestellte Fluchtlinien-Plan der Herner Straße — innerhalb der Gemarkung Hofstede — liegt gemäß § 7 des Gesetzes vom 2. Juli 1875 über Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten pp. von **Donnerstag, den 27. April d. Js., ab 4 Wochen lang** während der Dienststunden im Vermessungsamt Trankgasse 7a, Zimmer 43, zu jedermanns Einsicht und zur Erhebung von Einsprüchen offen.

Bochum, 24. April 1922.

Der Magistrat.

Nur für Mitglieder!

Versetzungshalber ist die Wohnung **Wielandstraße 60 I. Obergeschoß, links,** bestehend aus 4 Zimmern und Badeeinrichtung zum 1. Mai ds. Js. zu vermieten.

Schriftliche Bewerbungen bis Freitag, den 28. April, mittags 12 Uhr sind an das Geschäftszimmer, Clemensstr. 27, zu richten. Vermietungstermin: Freitag, den 28. ds. Mts., abends 7 Uhr daselbst.

Gemeinnütziger Wohnungs-Verein zu Bochum, e. G. m. b. H.

Habe noch einen großen Posten

Tapeten

zu günstig. Preisen abzugeben.

Leinöl

Ia. doppelt gekocht zu bill. Tagespreise

C. Bohlmann

Kortumstraße 4
Fernruf 826.

Korsetts

fertig u. nach Maß, auch von zugegebenen Stoffen schnell, solide u. preiswert Spezial-Korsettgeschäft

Fischer, Kohlstr. 11.

Volksmission

in der Christuskirche zu Bochum.

Redner: **Herr Evangelist Daniel Schäfer.**

Mittwoch, den 26. April, abends 8 Uhr:
„Wo hat der Teufel seine Kinder?"
Donnerstag, den 27. April, abends 8 Uhr:
„Muß man sich bekehren?"
Freitag, den 28. April, abends 8 Uhr:
„Ein Blick in die Hölle."
Samstag, den 29. April, abends 8 Uhr:
„Wie wird man selig?"
Sonntag, den 30. April, vorm. 9,45 Uhr:
Predigt. Jugendgottesdienst.
Sonntag, den 30. April, nachm. 4 Uhr:
Große Jugendversammlung im Vereinshaus, Mühlenstraße.
Sonntag, den 30. April, abends 8 Uhr:
„Das große Narrenschiff."
Montag, den 1. Mai, abends 8 Uhr:
„Wie wird deine Familie glücklich?"
Dienstag, den 2. Mai, abends 8 Uhr:
„Du und deine Bibel."
Mittwoch, den 3. Mai, abends 8 Uhr:
„Ewige Heimat-Glocken."

Jeden nachmittag 4,30 Uhr in der Johanniskirche Bibelstunde. Thema: „Vom Siegesleben der Kinder Gottes." — Zu diesen Vorträgen ist jedermann herzlich eingeladen. — Eintritt frei.

Eisen ⚒ Metalle

g221

und Felle

kauft zu den höchsten Tagespreisen

Levy Nachfolger, Bahnhofstr. 13 Telef. 2094



Zentralheizungen

Sanitäre Installation
Lieferung von Rohrleitungen,
Abwärmeverwertungs - Anlagen
Waschkauen, 8114

Albert Staubach, Jng.

Fernspr. 669 Bochum Fernspr. 669

KAFFEE HACKERT Bochum, Hellwegstr. 1.
gegenüber der Feinbäckerei und Konditorei

Diese Woche Spezialität: **Sylva-Torte**

WB **Wilh. Hoffmann, Bochum**
(vorm. Ww. L. Kautz)
Telefon 2028 Hattingerstraße 29
Damen-, Herren- u. Kinder-Wäsche
zu äußerst vorteilhaften Preisen.

Bochumer Konservatorium und Orchesterschule.

Leitung: Kgl. Musikdirektor Arno Schütze.
Kanalstraße 27. Fernsprecher 484.
Auskunftstelle des Deutsch. Konservatorienverbandes.
Wiederbeginn des Unterrichts am Mittwoch, 26. April.
Unterricht in allen Fächern vom Anfang bis zur künstlerischen Reife für Musikliebhaber und für Berufszwecke.
Musiklehrerseminar. Dramatischer Unterricht.
Neuanmeldungen jederzeit.
Sprechstunden: Vorm. von 9—1, nachm. von 3—6.

Mai-



Doppel-bock,

ein wirkliches Starkbier, gelangt in den nächsten Tagen zum Ausstoß!

Schlegel-Scharpenseel-Brauerei

Akt.-Ges. Bochum

Kammermusikveranstaltungen
der Stadt Bochum.

Reihe C
Achtes (letztes)

Kammer-Konzert

Sonntag, den 30. April 1922, vorm. 11 Uhr im Vortragssaale der Gesellschaft Harmonie.

Aufgeführt: Hermann Suter, Sextett in C-dur (op. 18) für 2 Violinen, Viola, 2 Violoncelli und Kontrabaß. — Franz Schubert, Quintett in C-dur (op. 163) für 2 Violinen, Viola und 2 Violoncelli.

Ausführende: Hans Treichler (Violine), Oswald Wünsche (Violine), Fritz Geistfeld (Viola), Hermann Busch (Cello), Willi Treichler-Basel (Cello), Heinrich Jenkel (Kontrabaß).

Vorverkauf ab Mittwoch, den 26. April an der Konzertkasse im Stadttheater. Die Kasse ist geöffnet vormittags von 10 bis 2 Uhr.

Industrie-Kaffee

Walter Dohle

der berühmte lyrische Tenor singt **Mittwoch** u. **Donnerstag** unter Mitwirkung des

Künstler-Orchesters

Stimmungen und Reparaturen

von Pianos 2c. übernimmt
Pianohaus J. Marks, Kaiser-Wilhelmstraße

Ausbildung z. Chauffeur 8135

erfolgt für jedermann in der Bochumer **Chauffeur-Schule.** Annahme: **Hernerstr. 80.** Eintritt jederzeit

---

2-3 ältere Schreiner,
1 Modellschreiner, sowie
1 tüchtiger Lehrkernmacher

gesucht von

Gebr. Eickhoff, Maschinenfabrik, Bochum.

Für den Bezirk **Wanne-Eickel** wird ein zuverlässiger

Zeitungsbote

gesucht. Zu melden in der Buchhandlung **Ernsting, Eickel,** Kaiserstraße 18.

Märkischer Sprecher.

Vom 1. Mai 1922 ab wird der Stationsname Präsident in **Bochum-Präsident** geändert

Essen, d. 18. April 1922.

Eisenbahndirektion.

Vereinigte Stadttheater Bochum-Duisburg.

Mittwoch, 26. April, 6—11 **B. 22.**

„Die Hochzeit des Figaro"

Donnerstag, 27. April, 7½—10. **Außer Vorm.** Abend-Veranstaltung des Bühnentanzes. (Neue Tänze.) B. V. B. I 151—350 u. II 51—125.

M.-G.-V. „Schlägel u. Eisen"

e. V., Bochum.

Die nächste **Probe** findet statt Donnerstag, **27. 4. 22,** 8½ Uhr, im Vereinsheim.

Um allseitiges Erscheinen der Sänger wird gebeten. 10857

Der Vorstand.

Neues Operetten-Theater Bochum

Rottstr. 29 Tel. 534

Heute, Mittwoch, 26. April, bis einschl. Sonntag, 30. April abends 8 Uhr:

Der Graf von Luxemburg.

Operette in 3 Akten von Franz Lehar.

Montag, den 1. Mai, abends 8 Uhr:

Zum ersten Male:

Börsenfieber

Schwank in 3 Akten von Otto Schwarz und Max Reimann.

Ihr Strohhut

wird tadellos gepreßt, genäht und gefärbt auf neue Form bei

W. Mühlhause,
Bongardstr. 9, gegenüber der Tonhalle. 10409

Miets-Gesuche

Möbliertes Zimmer

zum 15. Mai zu mieten gesucht.

Gefl. Offerten unter A. M. **97** an die Gesch. d. Ztg. erbeten.

Jung. Angestellter sucht möbl. Zimmer mögl. in Ebenfeld. Gefl. Ang. u. Nr. 10582 a. d. Gesch. d. Z.

Zimmer

Zwei bessere junge Herren suchen zum 1. Mai ein möbl. Zimmer mit voller Pension in besserem Hause. Offerten unter Nr. 10727 an die Geschäftsst. d. Bl.

Kaufmann sucht **möbliertes Zimmer** in besserem Hause. Angebote unter Nr. **10622** an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Offene Stellen

Wir suchen für unsere **Rechnungs-Abteilung** einen befähigten, nicht zu jungen

Herrn

zum baldigen Eintritt. Gesuchter muß sicherer Rechner sein u. über eine gute Handschrift verfüg. Angebote unt. Nr. 10522 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Gesucht Fräulein

als selbständige Verkäuferin für Lebensmittelgeschäft (persönliche Vorstellung) zum 1. Mai.

H. Grünendahl, Herne
Kaisergarten.

Hiesiges großes Unternehmen sucht für seine Haupt-Verwaltung zum sofortigen Eintritt eine tüchtige junge

Dame,

die flott stenographieren und die Schreibmaschine bedienen kann.

Bewerbungen, nur von geübten Kräften, mit Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften, frühestem Eintrittstermin usw. unt. Nr. **10850** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Zuverl., bess., jg.

Mädchen

für halbe Tage gesucht.

Frau Dr. Jolk,
Kirchstraße 1.

Suche zum 1. Mai wegen Heirat des jetzigen Mädchens ein ordentl., evang., zuverlässiges

Mädchen

für Hausarbeit. 10756

Frau H. Schalke sen.,
Westenfeld b. Wattenscheid, Heinrichstraße Nr. 6.

Für die Buchhaltung eines großen Unternehmens wird für sofort evtl. später eine durchaus selbständige

Buchhalterin

gesucht. Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an die Geschäftsstelle der Zeitung unter Nr. **10675** erbeten.

Kaufgesuche

Flaschen

kauft

Albert Janzik,
Maarbrückerstraße 12, Telefon 1036.

Goldankauf

E. Beleistein,
Kortumstraße 18.

Zahn-Gebisse

Zahn b. 20 Mk. u. mehr
— wenn verwendbar —
kauft **Zahnpraxis 51**
Brückstraße
Auf Haus-Nr. **51** achten!

Sekt- Wein- Liter-Flaschen

zu höchsten Preisen kauft an und holt ab

Ludwig Bongardt, Bochum
Wiemelhauserstr. 41. Fernr. 2664

Verkäufe

2 gebr. **Kinderbetten, Gasherd, Stuhlschlitten** etc. zu verk. oder gegen Bücherschrank z. tauschen. 10830 **Koch,** Reichshof 14.

Möbel

Verkauf zu billig. Preisen **W. Schrubbe,** Moonstraße 37, Nähe der 8185 Marienstraße.

Fast neuer Sommerhut f. Mädchen v. 16-18 J. preiswert z. verk. Schuppert, Feldsiepenstraße 99.

Ein Milchwagen und Militärwagen zu verkaufen. Eppendorf, Munscheidstraße 45.

Gesunde **Speisekartoffeln** billigst abzugeben.

Steden, Altenbochum, Wittener- u. Schulstr.-Ecke

Heiratsgesuche

8181 **Ehevermittlung „FORTUNA"**

Bochum Märkischestraße 10 Gegründet 1912

Inhaber: Frau B. Wylocki vermittelt vornehme, sowie Ehen jeden Standes streng reell und diskret. Rückporto. Günstige Gelegenheit für Damen

Nr. 97. Zweites Blatt. **Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Mittwoch. 26. April 1922

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet)

Bochum, 26. April

Ausschußsitzung des Deutschen Sparkassen-Verbandes.

Am Sonntag fand im Kreishause zu Minden unter dem Vorsitz von Bürgermeister a. D. Löcke, Arnsberg, eine Ausschußsitzung des Deutschen Sparkassenverbandes statt, die von Vertretern aller Sparkassen-Unterverbände im Deutschen Reiche besucht war. Neben anderen rein geschäftlichen Angelegenheiten wurde beschlossen, der nächsten Vertreterversammlung eine neue Verbandssatzung vorzulegen, die eine gleichmäßigere Vertretung der zusammengeschlossenen Sparkassenverbände und die Eintragung des Verbandes in das Vereinsregister vorsieht. Im September findet in Goslar ein Allgemeiner Deutscher Sparkassentag statt. Der Frage des fachmännischen Prüfungswesens soll mit Rücksicht auf die Ausgestaltung der Sparkassen erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt und ein Lehrgang für die fachmännischen Revisoren im Herbst abgehalten worden. Bezüglich der Barauszahlung von Verrechnungsschecks beschloß der Ausschuß, den Antrag des Deutschen Zentralgiroverbandes auf Aenderung des Scheckgesetzes zu unterstützen.

Verbilligte Sonntagsfahrkarten. Die städt Verkehrsabteilung hatte sich in einer Eingabe kürzlich an die Eisenbahndirektion gewandt bezüglich der Ausgabe von verbilligten Sonntagsfahrkarten. Es liegt nunmehr die Antwort der Eisenbahndirektion vor, die erfreulicherweise eine Reihe von Verbesserungen bringt:

„Um den Bewohnern der Stadt Bochum durch Ausgabe verbilligter Fahrkarten an Sonn- und Festtagen weitere Gelegenheit zum Besuch von Walderholungsstätten und naturschönen Gebieten zu verschaffen, beabsichtigen wir, in nächster Zeit in Bochum Hbf. Sonntagskarten nach Blankenstein (Ruhr), oder Burg, Essen-Hügel, Frönbenberg, Hattingen (Ruhr), Hohenlimburg, Kupferdreh, Langenberg (Rheinl.) oder Brebenscheid, Lüdenscheid, Mülheim (Ruhr), Neviges, Nierenhof und Sprockhövel einzuführen.

Die Fahrpreise werden in Kürze durch die Fahrkartenausgaben bekanntgegeben."

* **Ueber die Kosten unserer Lebenshaltung** veröffentlicht Eduard Bernoth, Berlin in Nr. 89 der Zeitung „Der Deutsche" eine sehr umfassende Statistik und kommt zu folgendem Ergebnis: Lebensmittel stiegen vom 1. August 14 bis 31. März 1922 im Durchschnitt um ein 44,3 faches. Weißkohl und Kartoffeln sind am stärksten gestiegen. Im gleichen Zeitabschnitt stiegen die Kosten für die Bekleidung um ein 44,8 faches, Leinenwaren am stärksten, für Licht und Heizung um ein 47,1 faches und allgemeine Kosten (Straßenbahn, Friseur, Porto, Bier, Zigarre, Möbel) um ein 33,5 faches. Auch diese Untersuchung stellt also fest, daß die Lebensmittel nicht am stärksten gestiegen sind. Bernoth weist dem gegenüber auf die Steigerung der Löhne hin und sagt, daß die Löhne der Buchdruckereigehilfen, einer Angestelltengruppe, die als die höchst qualifizierte gilt, gegenüber dem Frieden nur um das 20,5fache gestiegen sind, und folgert daraus, daß z. B. die Lebenshaltung dieser Berufsgruppe ungefähr um die Hälfte gesunken ist. Was hier von den Löhnen sehr richtig gesagt wird, gilt in gleicher Weise von den Gehältern aller fest Besoldeten, mögen sie Beamte oder Privatangestellte sein. Wir sehen also, daß die ganze Entwicklung unserer Wirtschaftslage eine Verschlechterung der Verhältnisse aller Stände herbeigeführt hat. Wir können nur wünschen, daß der Wert unserer Mark allmählich steigt, und unsere ganzen Lebensverhältnisse allmählich wieder besser werden.

⊔ **In der Städt. Gemäldegalerie,** Viktoriastr. 6, (täglich geöffnet von 10—4 Uhr), sind neu zur Ausstellung gebracht Gemäldekollektionen des Westfalen Eberhard Viegener aus dem Kreise der jungen expressionistischen Künstler im alten Soest, denen auch der hochbegabte, in Frankreich gefallene Wilhelm Morgner angehörte, und des Marburger Malers Heinrich Giebel, der mit den zarteren Mitteln des Impressionismus stille Interieurs und lichtdurchflutete Landschaften wiedergibt.

ha. **Fernsprechautomaten, die zurückgeben?** Neue Kassiervorrichtungen bei Fernsprechstellen in Gasthäusern, Konditoreien usw. will die Reichs-Telegraphenverwaltung Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres einführen. Die bisher gebräuchlichen Apparate nehmen für die Prüfung der Zahlung das Amt zu lange in Anspruch. Man hat deshalb ein neues Muster hergestellt, bei dem der Benutzer schon vor dem Anruf des Amts eine Münze einwerfen muß. Es wird mitgeteilt, daß diese zurückgegeben wird, wenn die gewünschte Verbindung nicht zustande kommt. Man erfährt jedoch nicht, ob schon der Apparat sie zurückgibt oder ob man sie etwa an irgend einer Stelle zurückverlangen muß.

nbl. **Die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen im Deutschen Reich** betrug Ende Februar 209 000, d. h. rund 10 000 mehr als zu Ende Januar. Die Zunahme entfällt ausschließlich auf die männlichen Erwerbslosen, während die Zahl der weiblichen noch eine geringfügige Abnahme aufweist. Die Zahl der Zuschlagsempfänger — d. h. der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen Vollerwerbsloser — ist im Februar von 279 000 auf 302 000 gestiegen. Den Hauptanlaß für diese ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes hat der Eisenbahnerstreik mit seinen mannigfachen Nachwirkungen gebildet. Doch hat die milde Witterung in der zweiten Hälfte des Februar günstige Gegenwirkungen ausgeübt, und im Monat März ist nach den bisher vorliegenden Meldungen mit einer Abnahme der Erwerbslosenzahl zu rechnen.

nbl. **Laufende Teuerungszuschüsse für Rentenempfänger für Mai.** Wegen der weiteren Zunahme der Teuerung werden die Sätze der Teuerungszuschüsse, die für den Monat Mai zu zahlen sind, für die Rentenempfänger, deren regelmäßiges Einkommen ohne die Versorgungsgebührnisse die jeweiligen Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung nicht übersteigt, verdreifacht. Für Rentenempfänger, deren Einkommen diese Höchstsätze um nicht mehr als ein Drittel übersteigt, werden die Teuerungszuschüsse — wie in den Monaten März und April — auch im Monat Mai verdoppelt. Das Gleiche gilt hinsichtlich der zum Hausgeld zu zahlenden Teuerungszuschüsse. Sie werden also verdreifacht (270 Mk.), wenn das regelmäßige Einkommen des Berechtigten neben dem Hausgeld die jeweils geltenden Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung nicht übersteigt; sie werden verdoppelt (180 Mk.), wenn das Einkommen diese Höchstsätze um nicht mehr als ein Drittel übersteigt. Der Kinderzuschlag zu den Teuerungszuschüssen beträgt im ersteren Falle 90 Mk., sonst 60 Mk. Von kleinlichen Erhebungen zur Ermittlung der Einkommensgrenzen ist, laut einer jüngst ergangenen Verfügung des Reichsarbeitsministers, abzusehen. Etwaig werdende Ausgleiche können gelegentlich der gesetzlichen Regelung der Teuerungsmaßnahmen später erfolgen.

* **Die Volksmissionsvorträge in der Christuskirche** haben am Sonntag begonnen und füllten von Anfang an das große Gotteshaus. Der bekannte Evangelist Daniel Schäfer spricht in recht volkstümlicher Weise. Wir leben in einer Zeit, wo viele müde geworden sind in all dem Kampf und den Sorgen, und innere Sehnsucht im Herzen tragen nach Sonne und Wahrheit, Kraft und Trost. Die Vorträge, die noch bis zum 3. Mai dauern, können manchem Antwort geben auf die tiefsten Fragen, die sein Innerstes bewegen; sie bieten in dem Hasten und Jagen der Gegenwart eine stille Feierstunde der Seele. Sie rechnen auch gründlich ab mit der Volkssünde und zeigen den Rettungsweg zur Volksgesundung. Besonders sei hingewiesen auf Mittwoch abend: „Wo hat der Teufel seine Kinder?" Jeden Nachmittag um ½5 Uhr findet in der Johanneskirche (Weilenbrink) Bibelstunde statt.

Q. **Nachklänge zu den Mehlschiebungen.** Die großen Mehlschieberprozesse hatten jetzt einen Nachläufer an der Strafkammer. Eine der 11 Angeklagten des sonst erledigten Mehlschieberprozesses von Knobelsdorf und Genossen, der eine großangelegte Mehlschiebung in den Jahren 1917 und 1918 betraf, der sich über Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Wattenscheid und Höntrop erstreckte, die Ehefrau Emil Derksen von Gelsenkirchen, hatte sich vor der Strafkammer wegen gewerbsmäßiger Hehlerei, Höchstpreisüberschreitung und Markenvergehen zu verantworten. Frau D. bezog in der angegebenen Zeit mehrere Doppelzentner Mehl, die im Kettenhandel bis zu ihr sich auf 650 Mk. steigerten, die sie dem Verkäufer bezahlen mußte. Sie verwandte das Mehl in ihrer Bäckerei und verkaufte das Brot in ihrer Kantine. Von dem Hauptangeklagten dieses Mehlschieberprozesses, von Knobelsdorf, sollte sie hernach 16 Doppelzentner Mehl wieder zu dem ungeheueren hohen Preis von 650 Mark erhalten. Da das teure Mehl obendrein sich noch minderwertig zeigte, wandte sich Frau Derksen an die Kriminalpolizei. Ein Kriminalbeamter trat als Käufer auf. So wurde der Schieberhandel aufgedeckt. Zwei Sack Mehl konnten bei dem Bäcker Str. in Höntrop beschlagnahmt werden. Die Strafkammer sprach Frau Derksen von der Anklage der gewerbsmäßigen Hehlerei frei, sowie von der Höchstpreisüberschreitung. Im übrigen trat Amnestie ein.

⊠ **Schenkungs- und Erbschaftssteuer.** Das Finanzamt teilt mit: Zuwendungen an Kirchen, Stiftungen, Gesellschaften, Vereine oder Anstalten, die ausschließlich kirchliche, mildtätige oder gemeinnützige Zwecke verfolgen, sowie Zuwendungen, die ausschließlich genannten Zwecken gewidmet sind, unterliegen nach § 35 des am 1. September 1919 in in Kraft getretenen Erbschaftssteuergesetzes der Schenkungssteuer insoweit, als sie den Betrag von 500 Mk. (nicht mehr 5000 Mk. — Gesetz vom 3. Juni 1906 —) übersteigen. Mit Rücksicht hierauf wird auf die vielfach unterbliebene Anmeldepflicht der Erwerber (§ 54 Erbschaftssteuergesetz) hingewiesen. Gemäß § 68 Erbschaftssteuergesetz wird die Schenkungs- bezw. Erbschaftssteuerhinterziehung mit einer Geldstrafe bis zum Zwanzigfachen der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis erkannt werden.

* **Neues Operetten-Theater.** Heute ist die Erstaufführung der Operette „Der Graf von Luxemburg" von Franz Lehar. Diese Operette bleibt bis einschl. Sonntag, 30. April, auf dem Spielplan, an welchem Tage die Operettenspielzeit endigt und sich die gesamte Künstlerschar dem Bochumer Publikum zum letzten Male zeigen wird. Ab 1. Mai findet unter Leitung des Herrn Hans Kaiser eine Nachsaison statt, und gelangen mit einem auserlesenen Personal Lustspiele und Schwänke zur Aufführung. Montag, 1. Mai, ist die Erstaufführung von „Börsenfieber", Schwank in 3 Akten von Otto Schwarz und Max Reimann.

⊠ **Polizeibericht.** In der Nacht zum 22. d. M. wurde versucht, in den Lagerraum des Händlers S. in der Brückstraße einzubrechen. Die Diebe sind dort vom Hofe des Tonhallen-Theaters aus nach Ueberklettern einer Hofmauer eingedrungen. — In Weitmar zertrümmerten Diebe eine Schaufensterscheibe des Kolonialwarenhändlers H. in der Adolfstraße und entwendeten einen Korb mit 150 Eiern

„Futterkrippenpolitik."

Ein Beitrag zur Beurteilung der Schulpolitik des Kultusministers a. D. Konrad Hänisch

Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß die sozialdemokratische Partei, seitdem ihr der starke Einfluß in der Regierung zu Gebote stand, sich mehr und mehr zu einer machtvollen und rücksichtslosen Organisation der „Selbstversorger" entwickelt hat, die es meisterhaft verstanden hat, ihre Angehörigen mit mehr oder minder einträglichen und einflußreichen Staats- und Gemeindeämtern zu versorgen. Die Vorbildung und berufliche Eignung spielte dabei gar keine Rolle. Mit Dutzenden von Beispielen ließe sich diese Politik der Selbstversorgung belegen. Aeußerst interessant und sehr lehrreich ist nun das, was der verflossene Kultusminister Hänisch über seine in diesem Sinne betriebene Personalpolitik auszuplaudern. Es ist immer interessant, wenn Minister Reden halten oder Artikel schreiben, auch wenn sie a. D. sind; denn sie gewähren uns dadurch einen Einblick in ihr Schaffen und oft in ihre geheimsten Beweggründe.

In Nr. 4 einer sozialistischen Lehrerzeitung „Der freie Lehrer" schreibt Hänisch zum zweiten sozialdemokratischen Lehrertage über seine Personalpolitik:

„Oft bin ich von sozialistischen Lehrern rügend gefragt worden: warum hast Du nicht wenigstens dafür gesorgt, daß schon in den ersten Revolutionsmonaten in jede Regierung, in jedes Provinzialschulkollegium zum mindesten ein oder zwei Sozialisten berufen worden sind? Ein Hecht zum allermindesten hätte doch in jeden dieser trüben Karpfenteiche gehört! Ganz gewiß — aber darf ich in aller Bescheidenheit daran erinnern, daß, obwohl ich schon im alten preußischen Dreiklassenparlament eine Reihe von Jahren hindurch Kulturreferent der sozialdemokratischen Fraktion gewesen war und auch sonst mich in der Oeffentlichkeit vielfach über Schulfragen geäußert habe, keiner, kein einziger der doch auch im alten Preußen schon vorhandenen Lehrer sozialistischer Gesinnung die Güte gehabt hatte, sich mir als solcher bekanntzumachen? Ich weiß sehr wohl, wie gering damals die Zahl der Sozialisten unter den preußischen Lehrern noch war und wie ängstlich sie — im Gegensatz zu ihren Gesinnungsgenossen in den wenigstens etwas freiheitlicheren Staaten Hamburg und Bremen — in berechtigter Furcht vor Verfolgungen ihre Ueberzeugung verheimlichen mußten. Aber daß nicht ein einziger von ihnen den Weg zum Schulredner der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu finden gewußt hat, ist mir schon damals um so schmerzlicher gewesen, als Verbindungen solcher Art unserer kleinen Fraktion für ihre zu jener Zeit außerordentlich schwere parlamentarische Pionierarbeit von größtem Nutzen hätten sein können. Den einzigen Mann, von dem ich wenigstens gerüchtweise gehört hatte, er sei Sozialist, und von dem mir in der pädagogischen Presse eine Reihe sehr beachtenswerter schulpolitischer Aufsätze zu Gesicht gekommen waren (persönlich kannte ich auch ihn nicht), habe ich — es handelt sich um den Genossen Menzel — schon wenige Tage nach dem 9. November als meinen persönlichen Vertrauensmann in die Stelle eines Vortragenden Rats ins Ministerium berufen. Alle weiteren sozialistischen Mitarbeiter für die Zentrale und für die Verwaltung im Lande draußen habe ich mir im Laufe der Jahre erst — oft mühselig genug — selbst zusammensuchen müssen.

Allerdings: gemeldet hat sich bei mir in den ersten Wochen nach der Staatsumwälzung gar mancher mit dem Wunsche, sofort auch in eine „leitende Stellung" berufen zu werden. Und es war auch gewiß unter diesen Männern mehr als einer, der sich später trefflich bewährt hat. Von den meisten aber, die sich in jener Zeit an mich und meine Kollegen in den anderen Ländern herandrängten, die uns mit Besuchen bestürmten und uns mit zahllosen — für ihre Verfasser oft überaus kennzeichnenden — Briefen überschütteten, möchte ich sagen: weder die Schule, noch die sozialistische Lehrerbewegung, noch auch unsere Partei haben irgend was daran verloren, daß diese Leute nicht auf die von ihnen so heiß begehrten „leitenden Posten" gelangt sind. Ich könnte da manche sehr interessante Erlebnisse mit Männern erzählen, die im November und Dezember 1918 nicht wußten, wohin sie mit all ihrem Radikalismus sollten, und die inzwischen längst wieder den Weg zur äußersten Rechten zurückgefunden haben. Die Besten hielten sich damals in einer oft übertriebenen und für die Sache schädlichen Bescheidenheit zurück, und gar manches Mal habe ich es nur einem späten Zufall zu danken gehabt, wenn ich auf sie schließlich doch noch aufmerksam wurde.

Zu dieser Schwierigkeit, in den ersten entscheidenden Monaten überhaupt eine genügende Anzahl sozialistischer Schulmänner auch nur kennen zu lernen, trat die weitere hinzu, daß man ein trefflicher Schulmann sein kann und sich dabei doch zum Verwaltungsbeamten sehr schlecht eignet."

Diesen außerordentlich kennzeichnenden Ausführungen schließt Hänisch ein Bekenntnis über die Beweggründe zum sog. „Ueberalterungs- oder Zwangspensionierungsgesetz" an, das uns sehr viel wert ist. Er sagt:

„Später, nach der Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände, traten dann fast automatisch alle die bekannten Hemmnisse ein, über die in der Oeffentlichkeit genugsam gesprochen worden ist. Der Absatz 1 des Artikels 129 der Reichsverfassung beständigte ausdrücklich die „wohlerworbenen Rechte" der alten Beamten, und dieser Artikel wird heute von manchen Gerichten so ausgelegt, daß sie sogar das sogenannte preußische Altersgesetz (die 65. Jahresgrenze, durch die wir wenigstens etwas Luft für entschieden republikanischen Nachwuchs in der Verwaltung zu schaffen suchten) für verfassungswidrig erklären. Die alten Disziplinargesetze stehen noch in voller Kraft, und wie schwer, wie fast unmöglich es unter ihrer Herrschaft gewesen ist, selbst solche Beamte zu entfernen, die dringend der Sympathie mit den Kapp-isten verdächtigt waren, habe ich bitter genug erfahren."

Was allgemein geahnt und oft ausgesprochen, aber seitens der Behörden immer bestritten wurde, das wird hier mit brutaler Offenheit zugegeben. Das Ueberalterungsgesetz ist nur eingeführt worden, um etwas Luft für entschieden republikanischen Nachwuchs zu schaffen. Jetzt wissen die Zwangspensionäre wenigstens, warum sie geopfert werden mußten, und warum es ihnen so außerordentlich schwer werden wird, das auch wirklich zu bekommen, was sie in ihrem guten Glauben für ihr wohlerworbenes Recht gehalten haben. Vielleicht ist das Bekenntnis des wortreichen Herrn Hänisch nicht ohne Einfluß auf die richterliche Beurteilung des ganzen Gesetzes. Auf jeden Fall aber steht fest, daß das Gerede von der Fürsorge für die Junglehrer usw. nur ein Vertuschungsmanöver war. Außerordentlich viel wert sind uns auch folgende Ausführungen desselben Artikels von Hänisch im „Freien Lehrer":

„Daß wir trotz alledem in der allmählichen Erneuerung des Personalbestandes gerade im Bereich der preußischen Unterrichtsverwaltung weiter vorangekommen sind als im Verwaltungsgebiet der anderen preußischen Ministerien, hat kürzlich im Landtage auch der sehr kritisch gerichtete Genosse Heilmann rückhaltlos anerkannt, und das Geschrei der Gegner über die unter dem sozialdemokratischen Kultusminister angeblich betriebene „Futterkrippenpolitik" beweist schließlich dasselbe. Verhältnismäßig am besten sieht es in der Zentrale selbst und bei den Kreisschulräten aus — in der Zwischeninstanz dagegen, bei den Schulabteilungen der Regierungen, ist noch fast alles zu tun und ebenso bei den Provinzialschulkollegien."

Also hatte es mit der Futterkrippenpolitik doch seine Richtigkeit. Nun, Herr Hänisch muß es ja wissen; wir nehmen sein Zugeständnis gern zur Kenntnis und freuen uns, ein solch wertvolles Dokument als Grundlage zur Beurteilung der Aera Hänisch erhalten zu haben.

Rs.

Aus der Nachbarschaft.

fr. **Herne,** 25. April. Deutsche Volkspartei. Der 2. Bezirk der D. V.-P. hielt seine diesjährige Generalversammlung ab, die gut besucht war. Der Vorsitzende, Herr Fr. Nordmann, gab einen Tätigkeitsbericht, nach dem im verflossenen Geschäftsjahr 9 Sitzungen, 3 Versammlungen, 1 Wahl und 2 Festveranstaltungen stattfanden. Gewählt wurden als Vorsitzende Herr Fr. Nordmann und Frau Finke. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils wurde der neue Parteisekretär Herr Erwin Gehrts eingeführt. Dieser hielt einen Vortrag über den deutsch-russischen Vertrag. Der Redner wies auf die Notwendigkeit des Vertrages hin und sprach dann eingehend über die außenpolitischen und wirtschaftlichen Folgen. Im Zusammenhang mit dem Vertrag erörterte der Redner noch die Frage des polnischen Korridors. Den Schluß der Generalversammlung bildete eine Gedenkfeier für den verstorbenen ersten Vorsitzenden, Herrn Direktor Torhorst. Literarische Darbietungen und Musikvorträge, zu denen die Jugendgruppe ihre besten Kräfte stellte, gaben der Feier ein ernstes Gepräge. — Stadtverordneten-Sitzung. In der Versammlung der Stadtverordneten wurde beschlossen, bei der Landesbank F. D. P. Westfalen 2 Millionen Mk. aufzunehmen und für städtische Wohnungsbauten zu verwenden und außerdem mit Hülfe der städtischen Sparkasse von der Rheinischen Boden-Credit-Aktienbank 5 Millionen Mark aufzunehmen gegen Hergabe von Kommunal-Obligationen dieser Bank, welche der Sparkasse als Faustpfand übergeben werden. Die letztere Summe soll für die Bedürfnisse der städtischen Betriebswerke Verwendung finden. Ferner bewilligte die Sitzung die Ueberschreitungen in der Jahresrechnung 1920 in der Höhe von 1 515 957,96 Mk. Die aus der Sparkasse der Stadt Herne und des Amtes Bladenhorst erzielten Reingewinne von 190 941,15 Mk. werden auf beide Gemeinden verteilt. Bei der Erörterung der Lustbarkeitssteuer wurden die diesen Lustbarkeiten im Lunapark erwähnt und bei dieser Gelegenheit hervorgehoben, daß im Vorjahre in 3 Monaten an 26 Tagen der Jahrmarktsrummel währte. Diese Frage soll in der nächsten Sitzung nochmals behandelt werden.

re. **Linden-Dahlhausen,** 25. April. Der „Verein für Heimatpflege im Kreise Hattingen" gedenkt durch seine erste Veranstaltung am Samstag, 29. d. M., bei Scheidtmann auch in Linden-Dahlhausen den Sinn und die Liebe zur Heimat zu fördern. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Seminarlehrer Weiß aus Hattingen, wird an dem Abend einen Vortrag halten über das Thema: „Linden und Dahlhausen in ihrer Entwicklung von der alldeutschen Markgenossenschaft zum neuzeitlichen Industrieorte". — Der Unterricht in der gewerblichen Berufsschule Linden-Dahlhausen beginnt Donnerstag, 27. d. M., nachmittags

Veranstaltungen der Deutschen Volkspartei.

Mittwoch, den 26. April 1922.

Jugendgruppe 2. u. 3. Stadtbezirk, abends 8 Uhr, bei Bendmann, „Parkschlößchen", Generalversammlung. Redner: Herr Willich über „Die Großdeutsche Jugendführertagung in Sebnitz i. Sa.

Jugendgruppe Hofstede, abends 8 Uhr bei von Hören, Hernerstr. 230, wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr Opp.

Jugendgruppe Hamme 1, abends 8 Uhr, bei Lohmann, Dorstenerstr., wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Altenbochum, abends 8 Uhr, bei Hustadt, Steinkuhlstraße, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Eppendorf, abends 8 Uhr, bei Niggeling, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Weitmar, abends 8 Uhr bei Claas, Hattingerstr., wöchentliche Zusammenkunft,

Donnerstag, den 27. April 1922.

Jugendgruppen Wiemelhausen, Ehrenfeld, Brenschede, abends 8 Uhr, bei Philipp, Wasserstraße 55, Versammlung. Redner: Herr Syndikus Dr. Spethmann über „Frankreichs Ziele am Rhein".

Jugendgruppe 1. Stadtbezirk, abends 8 Uhr bei Mensing, Dorstenerstraße, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe 5. und 6. Stadtbezirk, abends 8 Uhr, im „Bochumer Hof", wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Hamme 3, abends 8 Uhr, bei Westermann, Haldenstraße 54, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Altenbochum (Ortsteil „Prinz von Preußen", abends 8 Uhr, bei Wahl, Brückstraße, wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr Willich.

Gemischter Chor der Deutschen Volkspartei, abends 8 Uhr, bei Welten, Alleestraße 9, Probe.

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zeile 2.— Mark bei Vorauszahlung; bei Rechnungserteilung 2,50 Mark.

Zentralverband christlicher Bauarbeiter, Verwaltungsstelle Bochum. Aussperrung im Baugewerbe! Am Mittwoch, den 26. April, abends 7 Uhr, findet im Jugendsaal der Bürgergesellschaft, Luisenstr., eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung statt, wozu alle Bürger unserer Stadt eingeladen werden. Tagesordnung: 1. Die Aussperrung im Baugewerbe. 2. Freie Aussprache.

Der Vorstand.

Christliches Gewerkschaftskartell Bochum. Am Montag, den 1. Mai, abends 6½ Uhr, Vorstellung im Stadttheater für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften. Zur Aufführung gelangt „Kätchen von Heilbronn". Karten sind auf den Gewerkschaftsbüros Hellwegstr. 25 und Alleestraße 17 zu haben.

Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Bochum. Familienabend Donnerstag, den 27. April, abends 8½ Uhr, im Vorsaal des ev. Vereinshauses, Mühlenstraße. Vorträge der Frau Reichstagsabg. Hoffmann, Bochum, und des Geschäftsführers Herrn v. Zittwitz. Deklamationen der Jugendgruppe. Zahlreicher Besuch ist im Hinblick auf die ernste politische Lage, über welche Frau Hoffmann eingehend berichten wird, dringend erwünscht.

4 Uhr. Die Neuaufnahme der Berufsschule erfolgt am Montag, 1. Mai, um 6 Uhr abends, in Dahlhausen an der Aloysiusschule (Lehrer Finke) und in Linden an der Lutherschule, Hochstr. 1 (Lehrer Blecke). — Kirchensteuer. Die evang. Kirchengemeinde Linden-Dahlhausen erhebt laut Beschluß der Repräsentation für das Rechnungsjahr 1922 10 Prozent der Reichseinkommensteuer von 1921. Die Reichseinkommensteuer des Rechnungsjahres wird aber nur zu ¾ des Jahresbetrages zur Veranlagung gebracht, so daß die 10 Prozent Kirchensteuer so ziemlich den 7 Prozent der früheren Jahresveranlagung entsprechen.

Gerichtszeitung.

Planmäßige Zerstörung der Fernsprechleitungen.

s. Die Essener Strafkammer beschäftigte sich mit umfangreichen Diebstählen, die im Herbst letzten Jahres planmäßig in den Telegraphen- und Fernsprechleitungen des rhein.-westf. Industriegebiets verübt worden sind. Um jene Zeit hatten die Telegraphen- und Fernsprechleitungen des Ruhrkohlenreviers schwer unter den Beschädigungen zu leiden, die von Dieben nächtlicherweile angerichtet wurden. Die Diebstähle führten bald zu empfindlichen Störungen im Telegramm- und Fernsprechverkehr, bis es eines Tages gelang, den Dieben auf die Spur zu kommen. Die Diebe waren mit Laufhaken, an denen sie an den Leitungsmasten emporkletterten, mit Isolierungsmitteln und sonstigen Werkzeugen ausgerüstet und gingen in der Weise vor, daß einige von ihnen den Draht aus den Leitungen schnitten, während die Helfershelfer den abgeschnittenen Draht aufrollten und wieder andere den Beobachtungsdienst versahen. Auf solchen nächtlichen Beutezügen holten die Diebe sich durchschnittlich 500—1000 Meter Kupfer- und Bronzedraht, den sie dann in Körben verpackt heimschafften. Angesichts der außerordentlich gestiegenen Kupfer- und Bronzepreise machten die Diebe mit dem gestohlenen Draht glänzende Geschäfte. Den Dieben kam man dadurch auf die Spur, daß eines Tages einer von ihnen, der Bergmann Reif aus Gelsenkirchen, in Essen mit einem Posten Kupferdraht angetroffen wurde, den er bei einem Althändler absetzen wollte. Im Laufe der Zeit wurde ein ganzes Dutzend von Kupferdrahtdieben ermittelt. Jetzt hatten sich vor der Essener Strafkammer der Bergmann Meinhard Reif aus Gelsenkirchen sowie die Arbeiterin Frieda Hecker, der Händler Albert Herholtz und der Händler Andreas Strobel, sämtlich aus Essen, als Beteiligte zu verantworten. Die Verhandlung brachte eine kleine Ueberraschung. Der Kriegsinvalide Johann Ribatzki, der als Teilhaber bereits abgeurteilt ist, wurde als Zeuge aus der Haft vorgeführt. Er bekannte, daß er selbst mit dem abgeurteilten Bergmann Langelage, auf dem Lager des Angeklagten Herholtz den Kupferdraht eingeschmolzen bezw. hat schwarz brennen lassen, um ihm die verdächtige rote Farbe zu nehmen. Während das geschah, habe Herholtz vor der Tür den Aufpasser gespielt. Er beschrieb ferner genau die Verhältnisse auf dem Lager des Herholtz und die Umstände, unter denen die Machenschaften vorgenommen wurden. Auf Grund dieses Geständnisses ließ das Gericht den Zeugen zum Lager führen, wobei er durch einen Kriminalbeamten begleitet wurde. Die Ermittlungen bestätigten die Angaben des Zeugen. Darauf hin beschloß der Gerichtshof, den Angeklagten Herholtz sofort in Haft zu nehmen, weil er der gewerbsmäßigen Hehlerei verdächtig ist. Ferner wurde gegen ihn, sowie seine Arbeiterin Hecker, die ebenfalls durch den Zeugen Ribatzki schwer belastet wurde, das Verfahren abgetrennt. Reif dagegen erhielt wegen Diebstahls im Rückfalle 9 Monate Gefängnis und Strobel wegen Hehlerei 1 Jahr Gefängnis.

Vermischtes.

Zu Fuß unter dem Rhein hindurch. Wenn man fragte: Wie kann man zu Fuß unter dem Rhein hindurchgehen? so würde kaum jemand eine Antwort darauf geben können, oder die meisten würden erklären, das sei ausgeschlossen. Und doch besteht diese Möglichkeit, denn das Steinkohlenbergwerk Diergardt am Niederrhein hat auf beiden Seiten des Stromes Schächte, die durch einen Querschlag unter dem Rhein verbunden sind. Die Bergleute dieser Zeche machen täglich den Weg unter dem Strome hindurch. Der eine Schacht, der 271 Meter tief ist, befindet sich bei Hochemmerich am linken Rheinufer gegenüber Duisburg, der andere bei Neuenkamp auf der rechten Seite, und zwar auf der von Ruhr, Rhein und Duisburger Hafen gebildeten Halbinsel. Der Querschlag unter dem Rhein wurde im Jahre 1913 begonnen und in der ersten Kriegszeit vollendet. Deshalb hat diese immerhin bemerkenswerte technische Leistung damals keine Beachtung gefunden.

Statistik der Singstimmen. Die Frage, wieviel Männer durchschnittlich eine Tenor- oder Baßstimme und wieviel Frauen einen Sopran oder Alt haben, ist jetzt durch statistische Beobachtungen beantwortet worden. Professor F. Bernstein und Dr. P. Schläper haben eine größere Anzahl von Männern und Frauen der Stadt- und Landbevölkerung in den Kreisen Göttingen, Hagen und Gera untersucht und teilen ihre Ergebnisse in den Sitzungsberichten der Preußischen Akademie der Wissenschaften mit. Bei 1061 männlichen Stimmen fand man 188 Tenöre und 873 Bässe, bei 1035 weiblichen Stimmen 171 Altstimmen und 864 Sopране. Prozentual berechnet, zeigten sich etwas mehr (17,72 Proz.) Tenorstimmen als Altstimmen (16,52 Proz.). Im allgemeinen aber kann man sagen, daß 17½ Prozent aller Männer Tenöre und ebensoviel aller Frauen Altstimmen sind, während auf Baß und Sopran 82½ Prozent entfallen.

Ehescheidungen im Deutschen Reich im Januar 1920. Die Ehescheidungen im Deutschen Reich sind im Jahre 1920 auf 36 550 gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um 14 528 oder 65,97 Prozent. Auf 100 000 der Bevölkerung kamen 59,1 Ehescheidungen. Im Jahre 1919 waren es 36,2, 1913 nur 26,6. Am höchsten ist naturgemäß die Ehescheidungshäufigkeit in den Großstädten. An der Spitze steht Hamburg mit 223,6 auf 100 000 der Bevölkerung. Dann erst folgt Berlin mit 219,7 v. H. Unter den größeren Ländern hat Sachsen die höchste Ziffer aufzuweisen. Von den preußischen Gebietsteilen hat die Provinz Schleswig-Holstein eine besonders hohe Zahl. Von den größeren Gebieten waren durch eine niedrige Zahl von Ehescheidungen (laut der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik") ausgezeichnet: Anhalt, Oldenburg, ferner die Provinz Westfalen, die Grenzmark Posen-Westpreußen, Oberschlesien und das Land Württemberg. — In der Stadt Berlin waren 1920 4214 Ehescheidungen zu verzeichnen (oder auf 100 000 Einwohner 219,7), in Hamburg 2576 (223,6), in der Provinz Westfalen 1371 (30) und im Rheinland 3483 (46,2).

Handel / Industrie / Verkehr

Gesteigerte Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln.

Rhein.-westf. Devisen-Markt.

p. Auf dem Devisenmarkt trat im Laufe des gestrigen Nachmittags ein Tendenzumschwung ein; da die Aussichten der Genua-Konferenz sehr ungünstig beurteilt werden, machte sich gesteigerte Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln bemerkbar, die zu sprunghaften Kurssteigerungen führte. Gegen abend wurden nur Geldkurse genannt: **Holland 10 200, Belgien 2280, Frankreich 2780, England 1180, Newyork 290 Schweiz 5100.**

Amtliche Devisenkurse. (Berlin)

Für drahtliche Auszahlungen		24. April		25. April		Höchst. bish. G.
		Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland	100 G.	9762.75	9787.25	9563.—	9587.—	12837.1
Belgien	100 Fr.	2197.25	2202.75	2157.30	2162.70	2837.15
Norwegen	100 Kr.	4843.90	4856.10	4734.05	4745.95	6018.95
Dänemark	100 Kr.	5448.15	5451.85	5358.25	5371.75	7167.85
Schweden	100 Kr.	6641.65	6658.35	6546.80	6563.20	8831.10
Italien	100 Lir	1394.25	1397.75	1363.25	1366.75	1720.75
England	1 St.	1128.55	1131.45	1113.60	1116.40	1483.50
Amerika	1 D.	255.68	256.32	252.18	252.82	338.67
Frankreich	100 Fr.	2397.—	2403.—	2339.55	2345.45	3041.95
Schweiz	100 Fr.	4978.75	4991.25	4903.85	4916.15	6578.06
Spanien	100 Pes.	3960.—	3970.—	3930.05	3939.95	5254.50
Dtsch.-Oest.	100 Kr.	3.38	3.42	3.18	3.22	—.—
Tsch.-Slow.	100 Kr.	500.35	501.65	498.35	499.65	613.35
Ungarn	100 Kr.	34.85	34.95	34.65	34.75	—.—

p. **Düsseldorfer Kuxenbörse** vom 25. April. Die Haltung war im allgemeinen etwas schwächer, wenn auch das an den Markt kommende Material ziemlich schlank aufgenommen wurde, zum Teil aber wohl auf Meinungspreise hin. An der Nachbörse wurde die Stimmung fester, als das Steigen der ausländischen Devisen gemeldet wurde. Unter den schweren Kohlenwerten fanden besonders König Ludwig Interesse bei etwas anziehenden Preisen. Constantin konnte sich behaupten. An linksrhein. Werten wurden Märs bei steigenden Preisen gehandelt. Kohlenaktien lagen fester. Kalikuxe hatten einiges Geschäft in Asse, Wilhelmshall, Volkenroda und Immenroda, doch waren die Kurse meist nachgebend. Kaliaktien lagen fester, so Friedrichshall und Heldburg. Am Markt der amtlich nicht notierten Werte waren größere Umsätze in Rh.-westf. Elektrizitätswerk-Aktien zu höheren Kursen, in Rhein.-westf. Schachtbau-Aktien zu steigenden Preisen; Pinguin und Vema waren gut gehalten.

* **Berliner Wertpapierbörse** vom 25. April. Die Börse paßte sich vollkommen allen Schwankungen des Devisenmarktes an. Auf die Drohrede Poincares hin und auf die Vermutung, daß die starke Steigerung in Newyork auf Spekulationskäufe zurückzuführen sei, trat auf dem Devisenmarkt eine relative starke Erholung ein, die durch Deckungskäufe der Spekulation, die gestern größere Leerabgaben genommen hatte, unterstützt wurde. Der Dollar, der gestern abend mit 236 angeboten war, stieg schnell auf 256. In Verbindung hiermit war auch die Börse zu Beginn durchaus freundlich gestimmt, wenngleich noch unter den Nachwirkungen des gestrigen Tages Kursrückgänge zu verzeichnen waren, die auf dem Montanmarkte immerhin noch 50 Prozent und darüber betrugen. Einen größeren Abschlag erlitten Köln-Neuessener, die 85 Prozent niedriger einsetzten. Auch Oberschlesier, wie Laurahütte, Bedarf und Karo, waren niedriger. Schiffahrtswerte wenig verändert; Lloyd verloren 20 Prozent, Hansa dagegen 25 Prozent höher. Heimische Banken größtenteils etwas niedriger. Im Verlaufe der Börse gab der Dollar auf 250 Mark nach auf die Meldung, wonach in Amerika eine große Geneigtheit für eine internationale Anleihe bestehe. Auf dem Effektenmarkte trat gleichzeitig eine Abschwächung ein. Bei ruhigem Geschäft gaben die Kurse allgemein nach. Vielfach wurden die ersten, zum Teil die Vortagskurse unterschritten. Laura ging 80 Prozent niedriger aus dem Verkehr.

Berliner Börsenkurse.

vom 25. April 1922.

	24. 4.	25. 4.		24. 4.	25. 4.
Bankaktien			Eintr. Braunk	1480.	1480.
Barmer Bankv.	280.—	280.—	Eiberf. Farben	675.—	690.—
Com.u.Privatb.	315.—	313.—	Eschw. Berg	900.—	849.—
Darmst. Bank	314.—	314.—	Essener Steink.	1250.	1150.
Deutsche Bank	615.—	605.—	Flensb. Schiffsb	800.—	940.—
Disconto-Ges.	445.—	440.—	Gasmot. Deutz	770.—	746.—
Dresdner Bank	330.—	325.—	Gels. Bergw.	990.—	990.—
Ess. Cred. Anst.	330.—	320.—	Gels. Gußstahl	800.—	890.—
Reichsbank	220.—	221.—	Glas Schalke	4300.	4270.
Brauereiaktien			Goldschmidt	850.—	855.—
Boch. Viktoria	—.—	—.—	Harp. Bergw.	1750.	1710.
Dortm. Aktien	795.—	—.—	Hasp. Els. u. St.	—.—	—.—
Dortm. Union	1020.	920.—	Heckmann C.	3170.	3100.
MüserLangend	1375.	—.—	Hirsch Kupfer	729.—	701.—
Schleg. Scharp.	—.—	—.—	Hohenlohe	830.—	835.—
Schiffahrtsaktien			Howaldswerke	690.—	640.—
Hamb. Am. Pak.	408.—	410.—	Höchst Farben	670.—	665.—
Nordd. Lloyd	326.—	306.—	Hösch Stahlw.	1250.	1200.
Industrieaktien			Humb. Masch.	630.—	610.—
Adlerwerke	480.—	476.—	Ilse Bergbau	1500.	1440.
Akkumul. Hag.	1030.	960.—	Kali Aschersl.	1300.	1110.
Allg. Elekt. Ges.	642.—	670.—	Köln Neuessen	1185.	1050.
Anglo Guano	1650.	1570.	Königsborn	2100.	—.—
Annener Guss	2150.	2095.	Küppersbusch	—.—	1320.
Arenberg	—.—	—.—	Lahmeyer&Co.	435.—	430.—
Bad. Anilin	725.—	725.—	Laurahütte	2215.	2100.
Balcke Masch.	1670.	1575.	Magd. Bergw.	1650.	1650.
Baroper Walz.	1165.	1100.	Mannesmann	1400.	1390.
Bergm. Elektr.	750.—	750.—	Mark Zement	—.—	1780.
Bismarckhütte	—.—	—.—	Masch. A.-Nb	1250.	1190.
Boch. Gels. Str.	—.—	—.—	Masch. Baum	1380.	1190.
Boch. Gußstahl	1090.	1052.	Mülh. Bergw.	1450.	1450.
Braunk. u. Brik.	559.—	511.—	Nation. Autom.	490.—	450.—
Buderus Eisen	840.—	795.—	Oberschl. Bed.	1000.	950.—
Busch Lüdensch	980.—	1000.	Orenst. Koppel	1080.	1121.
Caro	795.—	760.—	Phönix Bergw.	1080.	1050.
Chem. Griesh.	775.—	805.—	Reisholz Papier	560.—	551.50
Chem. Weiler	650.—	595.—	Rh. Braunkohle	1300.	1290.
Chem. Ind. Gels.	2575.	2500.	Rh. Stahlwerke	—.—	—.—
Concordia Berg	—.—	—.—	Riebeck Mont.	1670.	1625.
Cons. Schalke	2200.	2225.	Romb. Hütte	540.—	577.—
Daimler Mot.	450.—	450.—	Rütgerswerke	840.—	860.—
D.-Lux. Bergw.	960.—	960.—	Sarottis Schok.	1205.	1200.
Deutsche Erdöl	2000.	2020.	Siemens Halske	925.—	928.—
Deutsche Kali	1760.	1601.	Schuckert Co.	603.—	605.—
Deutsch. Masch	960.—	975.—	Schweim. Eisen	2600.	2600.
D. Schachtbau	2500.	2350.	Thale Eisen	5500.	5500.
Deutsch. Waff.	1380.	1405.	Westfalia Els.	1950.	1626.
DittmannNeuh.	5100.	6000.	Westf. Drahtw.	575.—	475.—
Dürkopp	720.—	700.—	Els. u. Draht	550.—	570.—
Dynamit Nobel	675.—	670.—	Wicking Zem	1065.	—.—
			Witt. Gusstahl	—.—	—.—
			Zellst. Waldhof	920.—	925.—

** **Westfälische Berggewerkschaftskasse.** Gestern fand in der Bergschule unter dem Vorsitz des Generaldirektors Bergmeister Hoppstädter die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Westfälischen Berggewerkschaftskasse statt. Für den verstorbenen Generaldirektor Bergassessor Dütting wurde Bergassessor Schulze-Buxloh in Gelsenkirchen und für den Gewerken Julius Thyssen, der auf eigenen Wunsch ausschied, Bergwerksdirektor Schmitz in Hamborn gewählt. Im übrigen wurden die satzungsmäßig ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes wiedergewählt. Sodann trug Professor Dr. Hetse den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922 vor, der in Einnahme und Ausgabe mit Mk. 23 707 500 abschließt. Hierbei berichtete Professor Heise insbesondere über die Entwicklung der bergmännischen Fortbildungsschulen, die nach dem Kostenanschlage einen Aufwand von 5,4 Millionen Mark erfordern werden. Der Ankauf eines benachbarten Grundstücks wurde genehmigt. Es wurde die Erhebung eines Beitrages von den Zechen in Höhe von 26 Pfg. für die Tonne Förderung im Jahre 1921 beschlossen. Im Anschluß an die Generalversammlung fand ein Vortrag des Leiters der Seilprüfungs- und Beratungsstelle Dipl.-Ing. Herbst über „Schäden an Förderseilen" statt.

* **Wittener Walzen-Mühle, A.-G., in Witten und Duisburg.** Die Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 10 (15) Prozent fest und genehmigte die beantragte Kapitalserhöhung um 1,5 Mill. Mk. neue Stammaktien und 500 000 Mk. Vorzugsaktien. Die neuen Stammaktien werden den Aktionären derart angeboten, daß auf je zwei alte Aktien eine neue zum Kurse von 120 Prozent bezogen werden kann. Auf die neuen Aktien wird aus dem Ueberschuß der Gesellschaft ein Betrag von 25 Prozent von der Gesellschaft selbst eingezahlt, so daß also die Aktionäre nur 75 Prozent einzuzahlen haben. Die Vorzugsaktien, die für bestimmte Fälle siebenfaches Stimmrecht erhalten, werden von der Verwaltung selbst übernommen.

* **Annener Gußstahlwerk, A.-G. in Annen i. W.** Die a. o. Generalversammlung genehmigte den Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals von 3,3 auf 16 Mill. Mk. Es werden 6,7 Mill. Mark junge Aktien ausgegeben zum Kurse von 240 Prozent. Hiervon 6,6 Mill. Mk. den alten Aktionären im Verhältnis von 2:1 zu 260 Prozent angeboten, jedoch wird den Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerken für die in ihrem Besitz befindlichen Aktien ein Vorzugsrecht von 240 Prozent eingeräumt. Die restlichen 100 000 Mark neue Aktien sollen im Interesse der Gesellschaft verwertet werden. Ferner werden 6 Mill. Mark Vorzugsaktien ausgegeben, die auf den Namen lauten und mit einer 6proz. Vorzugsdividende mit dem Recht der Nachzahlung ausgestattet sind. Das Stimmrecht ist dasselbe, wie bei den Stammaktien. Diese Vorzugsaktien können ab 1. Januar 1925 gekündigt oder in Stammaktien umgewandelt werden. Sie werden zu 100 Prozent begeben. Es sind zunächst 25 Prozent einzuzahlen, der Rest nach dem Ermessen des Vorstandes (die Vorzugsaktien dürften wohl alle in den Besitz der Stammgruppe übergehen, die bekanntlich über die Aktienmehrheit der Gesellschaft verfügt). Sämtliche Aktien nehmen ab 1. Januar 1922 an der Dividende teil.

* **Schönthaler Stahl- und Eisenwerke Peter Harkort u. Sohn, G. m. b. H., Wetter-Ruhr.** Die Gesellschaft gibt durch ein Bankenkonsortium, dem der Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer u. Comp. in Barmen, die Direktion der Disconto-Gesellschaft in Essen und der A. Schaaffhausen'sche Bankverein in Köln angehören, eine Obligationenanleihe im Betrage von 15 Millionen Mark aus. Die Anleihe ist mit 5 Prozent verzinslich. Die Rückzahlung erfolgt zum Kurse von 102 Prozent in einem Tilgungszeitraum von 20 Jahren. Die Tilgung erfolgt ausschließlich durch Auslosung, dagegen nicht durch Rückkauf. Der Ausgabekurs ist mit 98½ Prozent vorgesehen.

* **Deutsche Maschinenfabrik, A.-G., zu Duisburg.** Aus dem Reingewinn von 26 736 033 Mk. sollen 30 (20) Prozent Dividende auf die Stamm-, 6 Prozent auf die Vorzugsaktien verteilt werden. Nach dem Bericht des Vorstandes hat das Berichtsjahr im allgemeinen für die Gesellschaft einen ungestörten Verlauf genommen, so daß sämtliche Werkstätten in Betrieb bleiben können. Die Arbeitsleistungen haben, gemessen an der verarbeiteten Tonnenzahl, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahre erfahren, wenn auch das Verhältnis zwischen Arbeitskraft und Tonnenleistung den früheren Stand noch nicht wieder erreicht hat.

* **P. Schwengers Söhne, A.-G. in Uerdingen.** Der bei dem Brande der Zuckerfabrik Schwengers entstandene Schaden wird auf rund 50 Prozent der Versicherungssumme geschätzt, die lt. Frkf. Ztg. 180 Mill. Mk. beträgt, so daß ein Verlust von 100 Mill. Mk. in Rechnung zu ziehen ist. An der Feuerpolice sind 54 deutsche Gesellschaften der Feuerversicherung beteiligt.

p. **Phönix, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Düsseldorf.** Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft von Hörde nach Düsseldorf, wo ein neues Verwaltungsgebäude errichtet wird. Die Verwaltung siedelt bereits im Juni nach Düsseldorf über und wird bis zur Fertigstellung des neuen Gebäudes im Stahlhof untergebracht werden. Zu diesem Projekt stellte die Versammlung der Verwaltung Mittel in weitestem Maße zur Verfügung. (Eine Summe wurde nicht genannt, doch teilte uns die Verwaltung auf Anfrage mit, daß das in Aussicht genommene Projekt das billigste sei.) Hierauf wurden Statutänderungen genehmigt. Ueber die Lage sprach sich Direktor Fahrenhorst dahin aus, daß das Unternehmen unter mangelnder Kohlenzuteilung zu leiden habe und so seine Anlagen nicht voll ausnutzen könne; eine Besserung sei für die nächste Zeit nicht zu erwarten. Während man in Deutschland Lohn- und Frachtsteigerungen und damit Erhöhung der Verkaufspreise habe, sei man im Auslande mit Lohn- und Frachtabbau und damit mit einem Preisabbau beschäftigt. Man werde also auf einen starken Konkurrenzkampf im Auslande rechnen und in Deutschland auf eine Verbilligung der Selbstkosten und damit der Verkaufspreise und eine Erhöhung der Produktion hinwirken müssen, um im Auslande konkurrenzfähig zu bleiben und im Inlande die herrschende Kauflust bei dem vorhandenen Bedarf zu ersetzen. Die Gesellschaft selbst habe noch genügend Aufträge vorliegen. Das Ergebnis des laufenden Jahres würde wohl wieder befriedigend sein, wenn man auch unter den im ersten Halbjahr 1921 damals zu lohnenden, inzwischen aber längst überholten Preisen abgeschlossenen Aufträgen zu leiden habe.

* **Kreditorganisation der Kaiindustrie.** Entsprechend dem der Wintershall-Versammlung in Bochum vorgelegten Programm haben die Kaiwerke des Werratales und des Eisenacher Oberlandes, die zum Wintershall-Konzern gehören, Verhandlungen mit den zuständigen Organisationen eingeleitet, um eine gemeinsame Kreditorganisation mit der Landwirtschaft ins Leben zu rufen, welche der deutschen Landwirtschaft den Kalibezug erleichtern und dadurch die landwirtschaftliche Erzeugung fördern soll und zwar namentlich durch möglichst niedere Preisgestaltung des Kalis, wodurch andererseits auch eine gesteigerte Absatzmöglichkeit erzielt werden soll.

* **Antrag auf weitere Kalipreiserhöhung.** Infolge der neuen Kohlenpreise, der Lohnerhöhungen und der bevorstehenden Erhöhung der Frachten sieht sich das Deutsche Kali-Syndikat genötigt, beim Reichskalirat einen Antrag auf neue Kalipreiserhöhung zu stellen. Die beantragte Erhöhung wird ungefähr 34 Prozent betragen. Der Reichskalirat wird am 29. d. M. über die Preiserhöhung Beschluß fassen.

p. **Kölner Getreidebörse** vom 25. April. Die unsichere Lage auf dem Devisenmarkt beeinträchtigte das Geschäft sehr. Brotgetreide war nachgebend bei geringer Kauflust. Weizenmehl wurde aus zweiter Hand angeboten. Amtlich notierten: inl. Weizen 1150—1275, inl. Roggen 950—975, inl. Hafer 1140—1160, ausl. Hafer 1160—1190, Futtergerste 1150—1180, Mais, grob 820—900, Mais, La Plata 1175—1200, inl. Weizenmehl 1650—1675, Palmkuchen 1050, Rübkuchen 850, Zuckerschnitzel 900, Wiesenheu, lose 500—560, gepreßt 530—650, Kleeheu 620—650, Stroh 266 bis 280, alles die 100 Kilo.

p. **Kölner Warenbörse** vom 25. April. Das Geschäft war still. Amtlich notierten: Saigon-Reis 17, Burma-Reis 17½, Rüböl 52, Salatöl 57 bis 62, Sultaninen 120—140, Korinthen 57—65, Graupen 18½, Haferflocken 18, Kakao, holl. 70 bis 72, weiße Bohnen 13—13½, Erbsen 14½ bis 15½, Schmalz 78—79, alles für 1 Kilogr.; Rohkaffee (Santos) 83—84 das Pfund; Eier 3,70—4 Mark das Stück.

Der Weinbau im Jahre 1921.

Infolge der im vergangenen Sommer herrschenden Trockenheit ist in den Weinbaubezirken Deutschlands, über die in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" interessantes Material veröffentlicht wird, ein Wein gereift, dessen Güte den besten bisherigen Jahrgängen nicht nachsteht. Allerdings ist der Menge nach die Ausbeute der Weinernte im vergangenen Sommer bedeutend geringer im Vergleich zu den letzten Jahren gewesen, wenn auch das Gesamterträgnis doch als günstig bezeichnet werden kann. Es wurden im Deutschen Reich 1921 insgesamt 1 754 916 Hektoliter gegenüber 2 440 148 Hektoliter im Vorjahr eingebracht. Bei dieser Zahlen überwiegt der Weißweinbestand, der in den gleichen Jahren 1 442 411 bezw. 1 029 990 Hektoliter ausmacht. Entsprechend den ausgedehnten Rebflächen am Rhein, an denen Preußen und Bayern den Hauptteil haben, stellen diese beiden Länder die Haupterzeugungsgebiete des deutschen Weinbaues dar (Rebfläche 16 515 bezw. 19 414 Hektar); es folgten Hessen mit 13 853, Baden mit 13 243, und Württemberg mit 10 814 Hektar. Der Gesamtweinbau Deutschlands beschränkt sich bekanntlich auf eine verhältnismäßig geringe Fläche, die sich am Rhein vom Bodensee bis etwa zur Mündung der Mosel in den Rhein, und teilweise bis Bonn hinzieht. Die übrigen meist vereinzelt liegenden Anbaugebiete sind in der Hauptsache für den örtlichen Bedarf bestimmt. Man trifft diese im Saale- und Unstrutgebiet, sowie in einigen preußischen Regierungsbezirken an. Die im Ertrag stehende Fläche umfaßte zusammen 73 841 Hektar, von denen sich allein 72 927 Hektar im Stromgebiet des Rheines befinden.

Bei diesen Ergebnissen ist zu berücksichtigen, daß Deutschland durch die Abtretung von Elsaß-Lothringen mehr als ein Viertel der Rebflächen verloren hat, die durchschnittlich einen Jahresertrag von über 700 000 Hektolitern Weinmost lieferten. Des ferneren kam das Auftreten des Heu- und Sauerwurms hinzu, der weit verbreitet war und der Menge nach den Weinertrag 1921 im Verein mit dem Einsetzen heftiger Nachtfröste im Frühjahre des vergangenen Jahres beeinflußte. Die Qualität der Erzeugung ist jedoch, wie schon oben angedeutet, eine außerordentlich gute, sodaß unter der Auswirkung all dieser Tatsachen eine Erhöhung der Preise für Weinmost eingetreten ist; hierzu hat nun noch die Entwicklung der deutschen Währung beigetragen, die eine Erhöhung der Gestehungskosten in erheblichem Maße mit sich brachte. Der durchschnittliche Preis für ein Hektoliter Most bei Weißwein (im Vergleich zum Durchschnittspreis 1920) ist von 990,2 Mk. und 1450,4 Mk., bei Rotwein von 802,6 Mk. auf 977,3 Mk. und bei gemischtem Wein von 893,9 Mk. auf 1017,2 Mk. gestiegen.

Eine bessere Eigenart wird in den Württembergischen Gebieten und auch in mehreren badischen Weinbaubezirken erzeugt, und zwar sind dies sogenannte Schillerweine (gemischte Weine), bei deren Herstellung eine Reihe von Traubensorten vor der Kelterung vereinigt werden. Zur Erzeugung dieser Weine diente im letzten Jahre eine Fläche von zusammen 6963 Hektar, wovon sich allein 5686 Hektar auf württembergischem Gebiet befanden.

Viehpreise.

Bericht der Preisnotierungskommission zu Bochum vom 24. April.

Auftrieb: 116 Stück Großvieh, 174 Kälber, 215 Schweine, 26 Schafe.

Die Marktpreise betrugen pro 50 Kilogr. Lebendgewicht für (in Klammern entsprechender Schlachtgewichtspreis).

Ochsen und Kühe: Vollfleischige, ausgemästete bis zu 7 Jahren (einzelne ausgesuchte Tiere über Notiz) 2300—2500 (4500—4800), mäßig genährte jüngere, gut genährte ältere 1900—2200 (3800—4300), geringe Ochsen und Kühe 1300—1700 (2700—3300).

Kälber: 1. Qualität 2100—2300 (3700—3900), 2. Qualität 1700—2000 (3200—3600).

Schweine: Schwere fette Schweine über 150 Kilogramm Schlachtgewicht und vollfleischige Schweine bis zu 1 Jahr 3200 (4100), geringe Schweine und Sauen 2800—3100 (3600—3900).

Handel still, geräumt.